

Der Grundstein

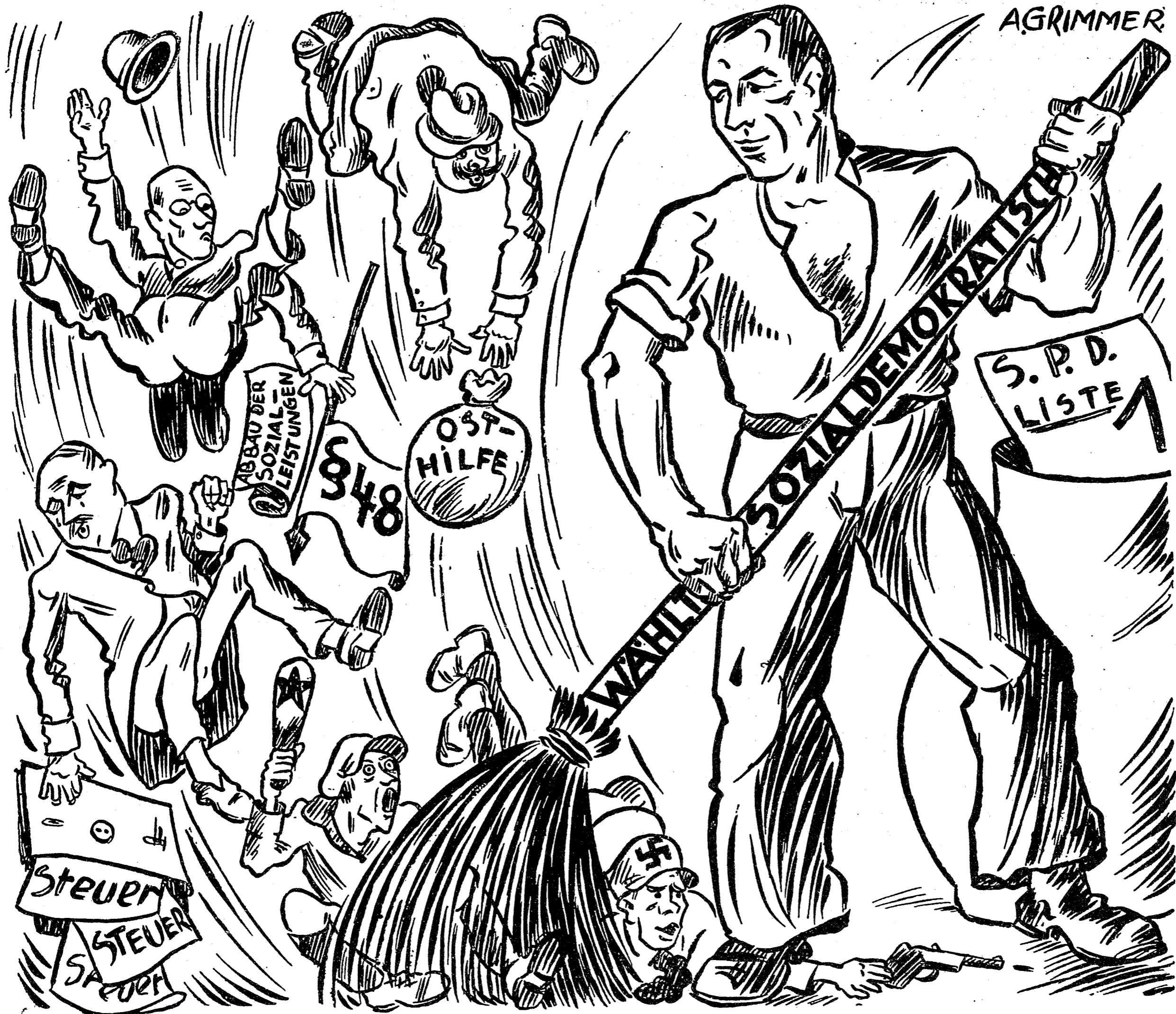
Wochenblatt des Deutschen Bauwerksbundes

für Werkmeister, Gesellen, Lehrlinge und Hilfsarbeiter in Mauer-, Beton- und Tiefbaubetrieben, in der Kachelofen- und Steinzeugindustrie, in Scheibentöpfereien und Glasereien, in Putz- und Stuckbetrieben, für Asphaltierer und die Arbeiter im Straßenbau, Isolierer, Fliesenleger, Ofenseher, Steinholz- und Terrazzoarbeiter

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Monatsbezugpreis 1.— RM. (ohne Bestellgeld). Bestellungen nur durch die Post. Schluss des Blattes Montags früh.

Herausgeber: Deutscher Bauwerksbund
Berlin SW 48, Friedrichstraße 5/6. Fernsprecher:
A 7 Dönhoff 7650, 7651, 6240. Postcheckkonto: Berlin 65232.

Preise für Geschäftsanzeigen nach Tarif.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten,
Berlin S 14, Deutscher Bauwerksbund, Zentrale.



Auf zur Reichstagswahl!

Jeder gewerkschaftlich organisierte Arbeiter, jede Arbeiterfrau wählt am 14. September sozialdemokratisch! Keine Stimme den Rechtsparteien oder den bürgerlichen Parteien der Mitte, keine Stimme den Nazis oder den ihnen wesensverwandten Kommunisten! Alle Stimmen der

Liste 1, der Sozialdemokratischen Partei!

Bauarbeiter! Bundesmitglieder! Auf zur Wahl! Wählt richtig! Es handelt sich um euer künftiges Schicksal! Wählt sozialdemokratisch!

Weshalb wählen wie sozialdemokratisch?

Die Sozialdemokratie hat in der Regierung Hermann Müller den Young-Plan zum Abschluß geführt und mit Stresemann die Rheinlandbefreiung erreicht.

Die Sozialdemokratie hat mit Severing der Lohnbaupolitik des rheinisch-westfälischen Großkapitals einen Riegel vorgeschoben, den jetzt der Zentrumsminister Stegerwald wirkungslos gemacht hat!

Die Sozialdemokratie hat mit Minister Wissell den Abbau der Sozialpolitik verhindert und sich insbesondere bis zum äußersten gegen die Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung gewehrt!

Die Sozialdemokratie hat durch Severing dem putschistischen Nationalsozialismus die Mittel zur Errichtung seiner Ordnungszelle in Thüringen gesperrt.

Die Sozialdemokratie hat in der Opposition am nachhaltigsten den Kampf gegen die ungerechte Besteuerung der Konsumvereine geführt!

Die Sozialdemokratie ist den Brüning-Entwürfen zur Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung am schärfsten entgegengetreten!

Die Sozialdemokratie hat die arbeiterfeindlichen Angriffe auf die Krankenversicherung gebrandmarkt!

Die Sozialdemokratie hat die Entrechtung der Kriegsinvaliden und Wöchnerinnen zurückgewiesen!

Die Sozialdemokratie hat mit aller Schärfe die unsoziale Ledigensteuer bekämpft!

Die Sozialdemokratie hat aber nicht nur fruchtbare Opposition getrieben, sondern sie hat unaufhörlich Mittel und Wege zur Gesundung der Reichsfinanzen aufgezeigt.

Die Sozialdemokratie hat Steuern vorgeschlagen, die auch den Besitz entsprechend seiner Tragfähigkeit heranziehen.

Die Sozialdemokratie hat beantragt, die Kosten der Arbeitslosenversicherung durch erhöhte Beiträge und Reichszuschüsse zu decken. Nicht die Arbeitslosen dürfen das Opfer der Reichsfinanznot sein!

Die Sozialdemokratie hat die Vereinheitlichung der Organisation der Krankenkassen vorgeschlagen, die enorme Verwaltungskosten ersparen würde.

Die Sozialdemokratie hat eine Begrenzung der Pensionen der Großpensionäre beantragt, die den Reichshaushalt stark belasten, und im Reichstagsauschuß bereits durchgesetzt.

Die Sozialdemokratie hat dem Spiel mit dem Diktaturparagrafen den äußersten Widerstand geleistet und damit die Demokratie verteidigt!

Die Sozialdemokratie hat die Wiederaufhebung der vom Reichspräsidenten auf Grund des Art. 48 erlassenen Diktaturverordnungen durchgesetzt!

Die Sozialdemokratie war es, die dadurch die Reichstagsauflösung erzwungen und erreicht hat, daß das deutsche Volk selbst entscheidet!

Die Sozialdemokratie hat an die Stelle der Diktaturgelüste einer volksfeindlichen Reichsregierung die Volksbefragung gesetzt!

Die Sozialdemokratie hat damit die demokratische Republik vor dem Selbstmord bewahrt!

Die deutschen Gewerkschaften wissen, daß es in diesem Wahlkampf um die Zukunft der Arbeiterklasse und zugleich um die Existenz der deutschen Republik und ihres sozialen Inhalts geht. Sie fühlen sich in diesem Kampfe um die Erhaltung der Republik einig mit der Sozialdemokratie für die Verteidigung der Sozialpolitik, für die Wahrung der Volksrechte!

Weshalb am 14. September die Stimme jedes Arbeiters und seiner wahlberechtigten Familienmitglieder

der Sozialdemokratie!

In letzter Stunde!

Diese Nummer des „Grundstein“ ist die letzte, die unsere Kollegen im Lande vor dem 14. September erhalten. Deshalb ein letztes Wort in letzter Stunde. Der Wahlkampf schlägt zurzeit hohe Wogen. Der gesamte Blätterwald der Gegner der Sozialdemokratie hat sich auf diese Partei gestürzt, um ihr am Wahltag den Garaus zu machen. Treu und unentwegt steht dabei der Reaktion zur Seite die Presse jener Arbeiterschaft, die nicht im sozialdemokratischen Lager steht. So sehen neben den bolschewistischen auch die Blätter der christlichen Gewerkschaften nur einen Feind: die Sozialdemokratie. Die christliche „Baugewerkschaft“ vom 6. September ist fast gänzlich angefüllt mit Verleumdungen aller Art gegen die Sozialdemokratie. Einen ihrer Aufsätze versteht sie mit der Ueberschrift „Volksbetrug“, womit sie in ungewollter, aber gerechter Selbsterkenntnis den Inhalt dieses Aufsatzes sehr richtig kennzeichnet. Wir finden da allerlei Betrugsblüten, die auf Dumme im Geiste berechnet sind. So heißt es: „Nach 21 Monaten sozialdemokratischer Regierungskunst waren die Staatsfinanzen heillos zerrütet, war die Schuldenlast lawinenartig angewachsen, steht die Wirtschaft in einer beispiellosen Krise, beträgt die Zahl der Arbeitslosen weit über 3 Millionen“. An allem Elend in Deutschland haben demnach nur die bösen Sozialdemokraten schuld. Und alles dies nur, weil 21 Monate lang in der Reichsregierung vier sozialdemokratische Minister saßen! Daß auch Zentrumsminister, demokratische und volksparteiliche Minister, und zwar in der großen Mehrheit in dieser Regierung saßen, das wird den Lesern wesentlich unterschlagen. Alles Unheil kommt eben nur von der Sozialdemokratie. Und wenn es noch Sommer wäre und Hagelschlag die Felder verwüstete, so käme dies nicht etwa von Gott, sondern von der bösen Sozialdemokratie. Und im übrigen: Was für Trottel müssen doch wohl jene Zentrums- und sonstigen Minister gewesen sein, wenn sie sich von ein paar Sozialdemokraten leithammeln ließen! Es ist selbstverständlich, daß die Christenpresse wahrheitsverderbend nach altem, üblem Rezept die Sozialdemokratie auch wieder als „religionsfeindlich“ zu verschreiben sucht. Das geht sehr gut zu machen, indem man Kirche gleich Religion setzt und nicht auslegt, sondern jesuitisch unterschiebt. In dem genannten Aufsatz „Volksbetrug“ wird auch der Sozialdemokratie in die Schuhe geschoben, sie habe bereits vor dem Kriege alle sozialpolitischen Gesetze abgelehnt und nach dem Kriege die praktische Weiterführung der Sozialpolitik an deren Parteien überlassen. Das ist zwar glatter Schwindel, aber man setzt ihn den Schäfchen vor, um sie recht gruselig zu machen und um als alleinseligmachende Partei die Zentrums- und Volkspartei und die Treubränder und Schiele als Ketter in der Not anzupreisen. Und so etwas nennt sich Arbeiterblatt! Es wird auch geschwindelt in diesem „Volksbetrug“, daß der Genosse Lehmann, Direktor des „sozialistischen“ Hauptverbandes deutscher Krankenkassen schuld sei an der Verschlechterung der Krankenversicherung. Das wird immer wieder gelogen, obwohl diese Verschlechterung, genau wie die in der Arbeitslosenversicherung, vom christlichen Gewerkschafter Stegerwald, unter Gegenzeichnung des christlichen Gewerkschafters Brüning, durch Verordnung zum „Gesetz“ erhoben wurde! Im übrigen werden sich die Unternehmer, die als Vorstands- und Ausschußmitglieder in den Ortskrankenkassen sitzen, wundern, wenn in diesem Christenblatte von einem sozialistischen Hauptverband deutscher Krankenkassen geflunkert wird. Und so etwas nennt sich „Christlich“! Genau betrachtet ist es aber übelster Volksbetrug und kennzeichnet den Geist der Lüge und Reaktion in jenem Lager in treffender Weise.

Doch genug davon. An anderer Stelle beschäftigen wir uns noch ausführlicher mit dieser Sorte Zentrumschriften.

Es versteht sich am Rande, daß auch die Bolschewistenpresse, ob große, ob kleine Klätter, gegen die Sozialdemokratie und gegen die Gewerkschaften behen, daß es nur so eine Art hat. Das sind wir seit Jahren gewohnt. Etwas anderes erwarten wir von jener Seite auch nicht. Aber erwähnt sei, wie die Unternehmerpresse diese Tätigkeit der Bolschewisten einschätzt. So lesen wir in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 31. August in einem Aufsatz „Gegenrevolution“: „Die ganze Entwicklung im Jahre 1918 und 1919 hätte eine viel gefährlichere Wendung genommen, wenn ihr damals eine einige sozialistische Macht gegenübergestanden hätte. Zum Glück war aber die sozialistische Bewegung in drei Teile gespalten. Der Kampf zwischen den Unabhängigen, den Mehrheitssozialisten und dem Spartakusbund verzehrte die marxistische Aktionskraft in den entscheidenden Tagen so stark, daß sich selbst in einer so passiven, unentschlossenen Gruppe, wie sie das deutsche Bürgertum darstellte, einige Gegenwirkung sammeln konnte. Diese Spaltung hat auch in den folgenden Jahren nützlich gewirkt. Leider sind seit 1922 die Unabhängigen und die Mehrheitssozialisten wieder zur Sozialdemokratischen Partei vereinigt. Aber einstweilen besteht wenigstens noch die kommunistische Partei im Rücken dieser starken Sozialdemokratie, und bei den Wahlen wird sich zeigen, wie das Kräfteverhältnis ist. Wir halten daran fest, daß, solange von insgesamt 200 „marxistischen“ Mandaten etwa 50 unter kommunistischem Kommando stehen, eine erwünschte Schwächung des Sozialismus vorliegt. Man kann veranschaulichendshalber die Rechnung aufstellen, daß diese 50 Kommunisten etwa 50 Sozialdemokraten lahmlegen, so daß jener Teil der sozialistischen Stoßkraft, der sich noch gegen das Bürgertum kehren kann, nur die übrigbleibenden 100 Mandate umfaßt... Aber auch die zersplitterte sozialistische Bewegung hat es vermocht, in zielbewusster, zwölfjähriger Arbeit zahlreiche Machtpositionen im Staate zu erobern. Enden die Wahlen am 14. September mit einem Sieg der Sozialdemokratie, so ist nach menschlichem Ermessen für das Bürgertum der Kampf auf Jahre hinaus verloren.“

So urteilt dieses ausgesprochene Scharfmacherblatt über die Sozialdemokratie und über die Bolschewisten. Es erkennt trotz aller Verbissenheit an, daß die Sozialdemokratie sich Machtpositionen im Staate zu erobern gewußt hat. Es malt das Ende der bürgerlichen Herrschaft an die Wand, falls die Sozialdemokratie am 14. September siegen sollte. Und das Wirken der kommunistischen Partei in diesem Klassenkampf ist drastisch und zutreffend aufgezeigt. Schon am 3. Februar 1930 schrieb das gleiche Blatt: „Die Kommunisten haben für das staatspolitische Leben eine nützliche Funktion. Sie müssen verhindern, daß die Sozialdemokratie übermächtig wird. Die Kommunisten sind für den bürgerlichen und kapitalistischen Staat so lange ein wertvolles Werkzeug, als sie als Pfahl im Fleische der Sozialdemokratie wirken.“ Und am 24. August 1930 schrieb das gleiche Blatt: „So schwierig es sein mag zu prophezeien, wieweil die einzelnen Parteien bei der bevorstehenden Wahl gewinnen oder verlieren werden, so wird man doch leider davon ausgehen müssen, daß die Macht der Sozialdemokratie angesichts ihrer geschlossenen Organisation, der Opferfreudigkeit ihrer Mitglieder und ihrer starken propagandistischen und finanziellen Kraft nicht endgültig erschüttert werden kann. Notwendig ist vor allem, zu verhindern, daß die Sozialdemokratie womöglich noch gestärkt zurückkehrt. Vielleicht die ausschlaggebende Rolle kommt dabei den Kommunisten zu, die, wie wir schon öfter zu betonen Gelegenheit hatten, dafür berufen

sind, das Anwachsen der Sozialdemokratie zu verhindern und als Pfahl im Fleische dieser großen Partei zu wirken.“

So schätzt dieses Unternehmerblatt die Rolle der Bolschewisten in diesem Wahlkampf ein. Es sieht nur einen Feind: Die Sozialdemokratie. Und es hat dabei tausendmal recht! Jawohl, die heute sogar nationalistisch schillernde KPD ist die Schutztruppe der Großbourgeoisie und des Großkapitals! Die Leitung der KPD, veröffentlichte kürzlich eine „Programmerkklärung für die nationale und soziale Befreiung des deutschen Volkes“. Zurzeit diskutieren kommunistische Führer in einer nationalsozialistischen und Naziführer in einer linientreuen kommunistischen Zeitung des KPD-Abgeordneten Münzenberg über „nationale Fragen“. Mit Wonne begrüßt das Scharfmachertum das Bestehen der Bolschewistenpartei, und es schätzt jede Stimme, die dieser Partei gegeben wird, als äußerst wertvoll ein für die Unterdrückungsgelüste des wirtschaftlichen und politischen Scharfmachertums gegenüber der Arbeiterschaft! Es ist zu bedauern, daß ein großer Teil der Arbeiter politisch so verheßt und verrannt ist, daß das immer noch nicht begriffen wird. Wir bekämpfen diesen rückwärtlichen bolschewistischen Einfluß auf die deutsche Politik auf das allerentschiedenste. Kein echter Gewerkschafter kann dieser Partei, die unorganisierte Arbeiter als fortgeschrittener und aufgeklärter einschätzt als die in den Gewerkschaftsverbänden organisierten Arbeiter, seine Stimme geben! Wer das tut, der arbeitet bewußt oder unbewußt gegen die wirtschaftlichen, sozialpolitischen und arbeitsrechtlichen Interessen der Arbeiterschaft!

Interessant ist, wie ein demokratisches Blatt, die „Frankfurter Zeitung“, die Lage einschätzt. Ein Aufsatz in ihrer Nummer vom 2. September bewegt sich in recht vernünftigen Bahnen. Das Blatt warnt die Unternehmer davor, ihr Schicksal in die Hände nationalisistischer Phrasenhelden zu legen. So sagt es sehr richtig: „Die Unternehmer entbehren allzu lange der ideologischen Stoßkraft, die Verhältnisse aber fordern gebieterisch, daß nun Farbe bekannt wird. Die Wirtschaftskrise hat eine politische Konstellation heraufbeschworen, in der ein weiteres Ausweichen vor der weltanschaulichen Auseinandersetzung unmöglich gemacht wird. Zu ihr drängen die Massen hin, die bald ihre Stimmzettel abgeben werden. Sie nahen mit Fragen und Lösungen, die über das rein Wirtschaftliche hinausgreifen, und das Unternehmertum wird sich ihrem Ansturm wohl oder übel stellen müssen. Unverkennbar ist, daß viele Funktionäre des Großkapitals schon seit einiger Zeit scharf rechts steuern. In Ermangelung einer Ideologie, die aus der Wirtschaft selber aufsteigt, suchen sie Schutz bei einer politischen Ideologie, die sich ihnen durch ihre antimarxistischen Gebärden empfiehlt. Sie treiben der Diktatur zu und meinen, durch die Anwendung von Gewalt der Unzufriedenheit Herr werden zu können. Sie schließen sich den nationalisistischen Elementen an und hoffen, den Karren der Wirtschaft aus dem Dreck zu ziehen, indem sie sich den chauvinistischen Heßern verschreiben, die den Patriotismus für sich beschlagnahmen, und den starken Männern, die von Heroismus schwärzen; so glauben sie, ideologisch ausgeforgt zu haben und das Heft in Händen zu halten.“

Das Blatt sieht die Verhältnisse sehr richtig. Es ermahnt dann weiter die „Wirtschaftsführer“, sich aus solchen Bindungen zu befreien. Es sagt: „Die Wirtschaft ist nur dadurch zu befreien, daß sich die Unternehmer den ihr innewohnenden Entwicklungstendenzen anvertrauen, statt Zuflucht bei reaktionär politischen Maßnahmen zu suchen, die diese Tendenzen beeinträchtigen. Es kommt in dieser Stunde darauf an, daß die Unternehmer erkennen: Die Erfüllung der ihnen gestellten Aufgaben verbindet sie dem menschlichen Fortschritt und nicht dem menschlichen Rückschritt. Mehr als ein aufgeklärter Industrieller weiß heute schon, daß man nur mit der Arbeiterschaft wirtschaften kann, nicht ohne sie, und keinesfalls gegen sie. So schwierig sich die Auseinandersetzung mit der Sozialdemokratie in der nächsten Zukunft gestalten wird, es erscheint ausgeschlossen, daß man die Arbeiterorganisationen auf dem undialektischen Wege der Diktatur bezwingen wird. Die

sozialen Ideen der Massen weisen nach vorwärts und haben eine gewaltige Lebenskraft. Die zur Diktatur drängenden Kräfte wollen jedoch das Rad der Geschichte nach rückwärts drehen.

Wie gesagt, das Blatt sieht die Dinge ziemlich klar. Aber die „Frankfurter Zeitung“ ist eine Predigerin in der Wüste; die Unternehmer in Deutschland, die ihren Gedankengängen folgen möchten, dürfen an fünf Fingern einer Hand abzuzählen sein. Sie sind der Reaktion und dem Chauvinismus, den sie als Mittel zum Zweck benutzen möchten, verfallen. Sie sehen das Heil der Wirtschaft im sozialen Rückschritt der Arbeiterklasse. Mit ihnen verbunden ist die Reichsregierung, die denselben Weg zu gehen bemüht ist. Und mit ihnen verbunden sind Hakenkreuzler, Christen und Bolschewisten! Das ist nach Marx die einzige reaktionäre Masse, gegen die wir im Kampfe stehen!

Wir haben schon früher gesagt, daß von dieser Wahl das nächste Schicksal der Republik abhängt, daß es, falls die Reaktion in diesem Kampfe siegt, um Sein oder Nichtsein der Arbeiterklasse und aller ihrer Interessen geht. Deshalb haben wir uns veranlaßt gesehen, uns dieser Phalanx der Feinde von rechts, aus der Mitte und von links entgegenzustellen zugunsten der Sozialdemokratischen Partei! In letzter Stunde rufen wir den Kollegen und ihren wahlberechtigten Angehörigen zu: Erkennt das Gebot der Stunde! Keiner bleibe der Wahlurne fern! Wählt geschlossen nur die einzige Partei, die eure Interessen wirksam zu vertreten geeignet ist, die einzige Partei, die für den Fortschritt der Arbeiterklasse eintritt, die einzige Partei, die die sozialen, wirtschaftlichen und arbeitsrechtlichen Interessen der Arbeiterschaft vertritt und auszubauen bemüht ist: Die Sozialdemokratie! Ihr am 14. September alle Stimmen der klar denkenden und aufgeklärten Arbeiterschaft!

„Du sollst nicht falsch Zeugnis reden!“

Die Aktien der Zentrums- und der christlichen Gewerkschaften stehen schlecht. Deshalb versuchen sie ihren Gläubigen einzureden, die Sozials und die freien Gewerkschaften seien schuld an dem Rückschritt in der Sozialversicherung. — Das in Würzburg erscheinende „Volksblatt“, das der Bayerischen Volkspartei dient, hat sich nun den „Grundstein“ vorgenommen. In einem Artikel, der sicherlich auch in anderen Zentrumszeitungen erschienen ist, wird vorchriftsmäßig Anstoß genommen an dem Eintreten des „Grundstein“ für die Sozialdemokratie. Für dies Anstoßnehmen haben wir Verständnis. Weshalb aber der Schreiber mit Unwahrheiten und Verdrehungen gegen uns auftritt, ist uns unverständlich. — Es ist überflüssig, immer wieder längst widerlegte Behauptungen nochmals zu wiederlegen. Aber es ist lehrreich, noch einmal zu zeigen, wie und mit welchen Mitteln die andere Fakultät den Kampf führt. Daß die Kinderpeinigung nicht von den Sozialdemokraten, sondern vom Zentrum abgelehnt worden ist, weiß jeder politisch Orientierte. Trotzdem wird in Zentrumszeitungen diese Schandtat der Sozialdemokratie zugeschoben. Neu ist die Behauptung, die ausgebliebene Belegung des Wohnungsbaues mit Hilfe einer Auslandsanleihe sei Schuld der Sozialdemokratie. Jeder Kollege weiß, daß die Sozialdemokratie und besonders der „Grundstein“ wiederholt die Aufnahme von Auslandsanleihen für den Wohnungsbau gefordert haben. Dann wird weiter behauptet: Die Krisenunterstützung für die Bauarbeiter sei von der „sozialdemokratischen Regierung“ (soll heißen: Wiffell) abgelehnt worden. Wiederum eine Verdrehung. — Richtig ist, daß seit mehr als 6 Monaten das Zentrum führend in der Regierung sitzt und auch den Arbeitsminister stellt. Wo ist aber die Krisenunterstützung für Bauarbeiter? Um den Lesern der Zentrumszeitung einzureden, daß die vorausgegangene Regierung sozialistisch war, läßt das „Volksblatt“ in Würzburg von den vier Zentrumsministern drei unter den Tisch fallen und klagt mit frommem Augenaufschlag, „wie soll ein Zentrumsminister mehr Einfluß besitzen als die Sozialisten mit vier“. Mit solchen Verdrehungen, die einem Jesuiten ebenso viel Freude machen wie einem Bolschewiken, wird „gearbeitet“. Um nachzuweisen, daß „christliche Hausväter ein solches Blatt (wie „Der Grundstein“) in ihren Familien nicht dulden können, ohne daß sie errotten müssen vor ihren Hausgenossen“, wird dann gesagt, wir seien religiös nicht neutral und außerdem solche Schweinigel, daß wir sogar Bücher zur Empfängnisverhütung und gegen den Gebärzwang anzeigen. (!) So etwas wagen dieselben Leute zu schreiben, deren Führer unter Verstoß gegen die Verfassung verordnet haben, daß etwa eine Frau bei Schwangerschaftsbeschwerden erst dann bei einem Arzt in Behandlung gehen kann, wenn sie 50 J für den Krankenschein aufbringt. Daß den Schreibern der Regierungspresse nicht die Schamröte ins Gesicht steigt!

Um uns Verleugung der religiösen Neutralität nachzuweisen, müssen 3 Weihnachtsummern des „Grundstein“ herhalten. Durch geschickte Streichung von Sätzen wird ein anderer Sinn herausproduziert. Da hat beispielsweise der „Grundstein“ in Nr. 51/1928 in einem Artikel, unter Anklagen an den Eisenkampf der Metallarbeiter, gegen die Vergewaltigung durch die Schwerindustrie geschrieben: „2000 Jahre hat man das schöne Wort vom Frieden auf Erden gepredigt; 2000 Jahre vergaß man das andere Wort, das die Voraussetzung zu solchem Frieden auf Erden ist.“ Dieses andere Wort kennt jeder. Nur der christliche Zeitungsschreiber der Bayerischen Volkspartei markiert den Unwissenden. Das andere Wort heißt „und den Menschen ein Wohlgefallen“, ein Wort, zu dem die rigorose Ausperrung der Metallarbeiter 1928 durch die der christlichen Landeskirche reslos angehörenden Schwerindustriellen im brutalsten Gegensatz stand. Wir hatten dann weiter geschrieben: „Wehe euch ihr Reichen, ihr könnt nicht Gott dienen und dem Mammon“. Damit nun unser Antichristentum bewiesen werde, streicht der Fromme den letzten Satzteil heraus, so daß dann folgendes entsteht: „2000 Jahre hat man das schöne Wort vom Frieden auf Erden gepredigt, 2000 Jahre vergaß man das andere Wort: Wehe euch, ihr Reichen“. — Damit hat der Zentrumschreiber aber nicht uns, sondern nur sich selbst am besten gekennzeichnet. Denn jeder kann nun sehen, welch warmes Herz er für die Reichen hat. Denn das „Wehe euch, ihr Reichen“ hat ja sein christliches Herz empört!

Zum 14. September!

Der Steuerblock von Schiele bis Koch Hat ohne Gewissen gehandelt, Er hat durch schändlichen Verfassungsbruch Die Reichsverfassung verschandelt, Er hat diktatorisch das heilige Recht Der Demokratie vernichtet, Die Reichen gehätschelt, die Armen bedrückt — Nun heißt es: Ihr Wähler, richtet!

Jetzt heißt es vergelten! Der Steuerblock Hat euch das Leben verteuert! So hat dieser Reichsinteressenverein Die Konsumvereine besteuert! Er hat euch die Negersteuer beschert, Es hat ihn nicht weiter bekümmert, Daß diese Steuer die Reichen schont Und die Leiden der Armen verschlimmert!

Auch hat dieser Block von Schiele bis Koch Aus Angst vor dem Pleitegeier In aller Eile verordnet dem Volk Die berüchtigte Ledigensteuer! Kein Unrecht am Volke schien ihm zu groß, Es galt ja, die Reichen zu schonen — Die Steuerschraube trat nur in Kraft Für die Bienen und nicht für die Drohnen!

Und dann galt der Anschlag des Unrechtsblocks Den Arbeitslosen und Kranken! Man zögerte nicht und genierte sich nicht, Der Habsucht Bedrückungspranken Den Aermsten der Armen, vom Schicksal zerzaust, Tief in den Nacken zu schlagen — Den Kranken Entbehrung, den Hungernden gar Stockschläge auf den Magen!

So häufte Unrecht auf Unrecht der Block! Er rechnet es sich zur Ehre, Die Armen zu schröpfen. Sein Herz schlug nur Zugunsten der Grob pensionäre! Die schonte er weise und liebevoll — Doch genug der Worte, zu Taten! Wollt ihr, daß das große Unrecht fällt, Dann wählt Sozialdemokraten!

Es geht um die deutsche Republik! Es geht um soziale Rechte! Es geht um der Arbeiter Zukunftsgeschick Und gegen des Mammons Mächte! Heran zur Urne und zögert nicht, Verpfeffert dem Unrecht den Braten Und wählt geschlossen, ob Weib, ob Mann — Wählt nur Sozialdemokraten!

Zum Schluß bedenkt: Wer gewerkschaftlich denkt Und handelt, der hält die Stange Nur jener Partei, die jederzeit Gestützt die Gewerkschaftsbelange! Deshalb am Wahltag zur Urne heran! Vergeltet die Missetaten Des Unrechtsblocks! Der Arbeit Heer Wählt nur Sozialdemokraten!

Schlagt kräftig hinein in den Sammelblock! Vergeßt dabei nicht die Rechte, Die Hugenberge, das Hakenkreuz, Des feilen Faschismus Knechte! Schlagt auch nach links, wo die Phrase blüht, Die, statt euch kluglich zu raten, Euch harte Steine bietet statt Brot — Auf zur Wahl! Wählt Sozialdemokraten!



Der denkende Arbeiter wird am 14. September entgegen der Aufforderung des Schreibers nicht den von ihm gemeinten „staatsverhaltenden und aufbauenden“ Parteien seine Stimme geben. Er wird dafür sorgen, daß dem Brüning-Block für seine 25- und 50-Pfennig-Steuer auf Krankenscheine und Rezepte die gebührende Quittung ausgestellt wird. Wie sich die Sozialpolitik des Zentrumsministers der Brüning-Regierung auswirkt, dafür nur ein Beispiel: In Kamenz i. Sa. erkrankten die beiden Kinder eines Arbeitslosen an Diphtherie. Dem Vater der Kinder waren die sozialpolitischen Reformen Stegerwalds entgangen. Er ging abnungslos zur Krankenkasse und forderte einen Krankenschein. Aber ohne 50 J gab es keinen Krankenschein. Die aber konnte der Arbeitslose nicht zahlen. Als endlich der Arzt — ohne Krankenschein — erschien, war es — Zeitungsmeldungen zufolge — für das eine Kind zu spät; es war erstickt. Ein zweiter Todesfall ereignete sich in Berlin, wo ein junges Mädchen wegen Verweigerung des Krankenscheins verstarb. Inzwischen hat die bürgerliche Tagespresse weitere Fälle gemeldet. Der Tod all dieser Menschenkinder ist auf das Konto „Sozialpolitische Reformen“ des Reichsarbeitsministers Dr. Stegerwald zu setzen. Die Wissenschaft hat ein Diphtherieserum und andere Medizinien zum Segen der Menschheit geschaffen. Es gibt Krankenkassen. Aber was nützt jedes Serum, wenn im Haushalte des Arbeiters die 50 J fehlen! Die aber werden noch oft fehlen. Deshalb werden weitere Opfer der „Sozialpolitik“ Brüning-Stegerwald folgen. Bis weit hinein in die Kreise des demokratischen Bürgertums ist man von der Notwendigkeit, daß der kommende Reichstag diese Reformen wieder beseitigen müsse, überzeugt. Am 14. September können die Wähler hierzu beitragen, indem sie den „staatsverhaltenden und aufbauenden“ Parteien der Brüning-Regierung den verdienten Fußtritt versehen.

Wo bleibt die Krisenunterstützung für die Bauarbeiter?

Die Zentrums- und gewisse Gazetten der christlichen Gewerkschaften haben sich wiederholt über unsere Frage nach der Krisenunterstützung für die Bauarbeiter aufgeregt. Wir würden uns glücklich schätzen, wenn die von Zentrumszeitungen so oft und gern gerühmte Tatkraftigkeit des christlich-gewerkschaftlichen Reichsarbeitsministers uns die nochmalige Anfrage erspart hätte. Das ist leider nicht der Fall. Deshalb stellen wir wiederum

unsere Frage, die keine Wahlforderung, sondern eine soziale Forderung ist. Vielleicht finden Brüning-Stegerwald nach der Wahlzeit, zu der vordringlichen Frage der Bauarbeiter-Krisenunterstützung Stellung zu nehmen. Zur Erleichterung der Entscheidung sei folgendes in Erinnerung gebracht.

Schon vor einigen Monaten, als die Zahl der ausgeheuerten Arbeitslosen ununterbrochen stieg, und in mehreren, so besonders den baugewerblichen Berufen, auch die Zahl der Kollegen, die nicht einmal mehr die 26wöchige Unwartschäftszeit für den Bezug der Arbeitslosenunterstützung erfüllen konnten, hatten die freien Gewerkschaften den Reichsarbeitsminister Stegerwald um eine Rücksprache ersucht, in der sie die unabwiesliche Notwendigkeit einer Ausdehnung der Krisenunterstützung über die jetzt zugelassenen Berufe hinaus und einer Verlängerung der Unterstüßungsdauer darlegten. Herr Stegerwald mußte damals zugeben, daß die geltenden Zulassungen der Krisenunterstützung nicht mehr als ausreichend angesehen werden konnten und daß es notwendig sei, die im Etat angelegten Beträge zu erhöhen. Dies um so mehr, als ja selbst bei einer Erhöhung des Etatpostens von 150 auf 300 Millionen Mark im Durchschnitt nur etwa 400 000 Hauptunterstützungsempfänger in der Krisenunterstützung verfolgt werden können, eine Zahl, die trotz gleichbleibender Beschränkung in der Zulassung inzwischen schon beträchtlich überschritten worden ist.

In erster Linie versuchte aber der Minister die Gewerkschaften damals zu verfröhen, indem er auf sein Arbeitsbeschaffungsprogramm hinwies, das eine Entlastung des Arbeitsmarktes bringen werde, die zu einer beträchtlichen Verminderung der Unterstüßungsempfänger und im Zusammenhang damit zu einer Erweiterung des Kreises der zugelassenen Berufsgruppen führen sollte.

Auf die Auswirkung des Arbeitsbeschaffungsprogramms hat man bisher vergeblich gewartet. Statt dessen schwillt die Zahl der Ausgesteuerten lawinenartig an. Hunderttausende werden zur kommunalen Wohlfahrtspflege abgehoben, so daß die Belastung der Städte gerade in typischen Arbeiterrevieren immer unerträglicher wird.

Selbst die christlichen Gewerkschaften empfinden langsam das Unhaltbare dieses Zustandes und haben eine Eingabe an den Reichsarbeitsminister gerichtet, in der sie die Ausdehnung der Krisenunterstützung, insbesondere auch die Einbeziehung von Saisonarbeitern und eine Verlängerung der Bezugsdauer fordern. Wir sind mit diesen Forderungen voll und ganz einverstanden und auch mit der Begründung, in der auf die außerordentliche Unterschiedlichkeit in der Zulassung und die hieraus folgenden unbilligen Verschiedenheiten in einzelnen Gewerben hingewiesen wird. Immer wieder haben wir es als Ziel aufgestellt, die Krisenunterstützung zu einem alle Arbeitslosen erfassenden Bindeglied zwischen Arbeitslosenversicherung und kommunaler Wohlfahrtspflege zu entwickeln. Leider fanden wir bisher wenig Unterstützung bei den christlichen Gewerkschaften und erst recht nicht bei den ihnen nahestehenden Parteien.

Unsere Eingaben an den Reichsarbeitsminister und unsere Darlegungen in der Öffentlichkeit blieben bisher ungehört. Vielleicht gibt die Eingabe der christlichen Gewerkschaften dem Reichsarbeitsminister Stegerwald endlich einmal Veranlassung, statt von Zukunftsausichten seines Arbeitsbeschaffungsprogramms zu reden, gegenüber der furchtbaren ständigen Notlage der Ausgesteuerten auch einmal zu handeln. Eine Ausdehnung der Krisenunterstützung wäre die dringendste Aufgabe, die der Reichsarbeitsminister zurzeit zu erfüllen hätte!

Für mit der Krisenunterstützung für die Bauarbeiter!

Verbandsstag der Töpfer und Fliesenleger.

Der Verbandstag der Töpfer und Fliesenleger tagte am 1. und 2. September im Volkshaus zu Dresden. Anwesend waren außer dem Reichsfachgruppenobmann Moritz Lother 49 Delegierte, die Bezirkssekretäre Kemnitz, Boffog und Hötig. Der Bundesvorstand war vertreten durch die Kollegen Bernhard und Schmitz. Bereits am Abend zuvor hatten die Kollegen Lother, Hötig und Schmitz anlässlich eines zu Ehren der Abgeordneten veranstalteten Kommerzes den Verbandstag begrüßt. Am ersten Verhandlungstage erläuterte dann nach Erledigung der üblichen Formalitäten Moritz Lother den jedem Abgeordneten vorliegenden schriftlichen Tätigkeitsbericht. Nach Erörterung der allgemeinen Lage des Gesamtverbandes, der großen Wirtschaftskrise und der Kämpfe des Bundes schilderte der Redner die Zustände im Fliesenleger- und Töpfergewerbe. Die Töpfergruppe hat seit Jahreschluss 1926 an Mitgliedern ständig zugenommen. Die Zahl der organisierten Facharbeiter stieg bis zum Schluss des Jahres 1929 von 6888 auf 8901, die der Hilfsarbeiter von 1199 auf 1645. Die weiblichen Mitglieder sind dabei nicht mitgerechnet. Die Arbeitslosigkeit war vor allem unter den Ofensehern zeitweise erschreckend groß. Trotzdem haben sie durch ihre straffe Organisation befriedigende Lohnvorteile durchgesetzt. Auch die Lohnbewegungen der Ofensehmer und ihrer Hilfsarbeiter können, wenn man die fortgesetzte ungünstige Wirtschaftslage mit in Rechnung stellt, befriedigend genannt werden. Auch im Scheiben- und Töpfergewerbe konnten Lohnverbesserungen durchgesetzt werden. Günstiger war die Geschäftslage im Steinzeuggewerbe. Auch hier wurden für die Arbeiter Lohnverbesserungen erreicht. Die Zahl der in der Fachgruppe organisierten Fliesenleger hat sich von 1630 am Jahreschluss 1926 auf 3218 am 30. Juni 1930 erhöht. Hier war die Arbeitslosigkeit im allgemeinen etwas günstiger als im Ofensehgewerbe. Die Bemühungen zur Schaffung von Bezirksstarifverträgen im Fliesengewerbe sind mit teilweisem Erfolg fortgesetzt worden. Leider ist das Organisationsverhältnis der Fliesenleger nicht vollkommen einheitlich, weshalb vor allem durch syndikalistische Machenschaften im Westen und Süden Deutschlands ein geschlossenes Handeln hin und wieder beeinträchtigt wird. Auch im Fliesengewerbe waren die Lohnbewegungen zahlreich und von beachtlichen Erfolgen begleitet. Im allgemeinen kann unser Bund mit der Entwicklung der Gruppe der Töpfer und Fliesenleger zufrieden sein. Trotz schlechter Wirtschaftslage haben sich die Mitgliederzahlen fortgesetzt nach aufwärts entwickelt; die Lohn- und Arbeitsbedingungen wurden verbessert. Auch die Bestimmungen über Ferienverträge, die bei den Ofensehern am günstigsten sind, sind im allgemeinen eingehalten worden. Neuerdings wird der Ferienvertrag im Ofensehgewerbe bedroht, jedoch wird sich die Fachgruppe

die Ferien unter keinen Umständen nehmen lassen. Die Lehrlingsfrage zeigt leider immer noch einen unbefriedigenden Stand. Es wird aber nicht nachgelassen werden, bis auch auf diesem Gebiete gesunde Verhältnisse geschaffen sind.

In der Aussprache fand der Bericht im allgemeinen eine günstige Aufnahme. Im übrigen erstreckte sich die Debatte auf Einzelinteressen der auf diesem Verbandstag vertretenen Berufe. So wurde begrüßt, daß im Freistaat Sachsen von den Fliesenlegern die 40-Stunden-Woche und eine damit verbundene Lohnhöhung durchgeführt worden ist.

In seinem Schlußwort klärte Kollege Lother mancherlei Meinungsverschiedenheiten auf. Dann wurde die Sitzung vertagt. In einer besonderen Abend Sitzung berieten noch die Fliesenleger ihre besonderen Lehrlings- und Bezirksstariffragen.

Am zweiten Verhandlungstage wurden zunächst einige Anträge, die auf Freistellung einiger Kollegen in einigen Bezirken abzielen, der dort vorhandenen geringen Mitgliederzahlen wegen gegen eine Stimme abgelehnt.

Hierauf wurden die Abgeordneten und ihre Stellvertreter für den Bundestag gewählt. Als Reichsfachgruppenobmann wurde Kollege Moritz Lother gewählt.

Verbandsstag der Glaser.

Die Glaser tagten am 30. und 31. August in Darmstadt. 18 Delegierte waren anwesend, außerdem vom Bundesvorstand Kollege Bernhard, ferner die Kollegen Leipzig, Dresden, Gräber, Auerbach, und Matthesien, Berlin.

Die Mitgliederzahl hat sich um 536 erhöht; Ende Juni 1930 zählte die Reichsfachgruppe 2702 Mitglieder. Dieser Fortschritt kann uns nicht befriedigen. Wir werden uns auch künftig bemühen müssen, alle Kräfte einzusetzen, um die uns noch fernstehenden Berufs-Kollegen für den Bund zu gewinnen.

Am zweiten Verhandlungstage wurde der Vortrag des Kollegen Leipzig diskutiert und die von ihm vorgeschlagene Entschliessung einstimmig angenommen. Hierauf wurden die vorliegenden Anträge beraten.

Arbeitslosigkeit im Deutschen Baugewerksbund. Feststellungsergebnis vom 18. August 1930.

Table with columns for 'Bezirksverband', 'Anzahl der Baugewerkschaften', 'Mitgliederzahl', and various trade categories like 'Maurer', 'Schlosser', 'Fliesenleger', etc. It includes a summary row at the bottom showing totals for 'Zusammen' and 'Zuf. vorige Woche'.

Streiks u. Lohnbewegungen

Maurer, Bauhilfs- und Tiefbauarbeiter: Gesperrt ist die Firma Paul Kayser in Gosek, Baugewerkschaft Weihenfeld, wegen untertariflicher Bezahlung; ferner das Albbrechgeschäft von August Erich, Baustelle Dynamitfabrik bei Geseffhacht, Baugewerkschaft Hamburg, wegen Lohnabzug; die Arbeitsstellen der Firma Richard Schöbe aus Sigenroda in Bötewitz und Bötin wegen Tarifbruch.

Fliesenleger: Gesperrt ist in München die Firma Norbert Berger.

Töpfer: Gesperrt sind in Burg b. Magdeburg Uhlemann, in Halle a. d. S. Wilhelm Stahl, in Hohenstein-Ernstthal Eugen Wolf, in Landsberg a. d. W. die Firma Alex Kaczkowski wegen Zahlung untertariflicher Löhne, in Magdeburg die Firma Zollwegger & Sohn wegen Nichtzahlens des Lohnes, in München die Firma Norbert Berger wegen rückständiger Löhne, in Straßburg i. U. die Ofensehfirmen Klein Schmidt wegen Nichtzahlens der Tariflöhne, in Jettich die Ofengeschäfte Gustav Neumann, Gustav Hörnick und Emil Böhme. Gewarnt wird vor der Firma Brodmann in Schwerin.

Aus den Bezirksverbänden

Bezirksverband Bremen. (Bezirksstag.) Am 30. und 31. August tagte unsere Bezirkskonferenz im neuen Volkshaus zu Bremen. 29 Baugewerkschaften waren durch 63 Delegierte vertreten. Ferner war der Bezirksausschuß vollzählig, der Bundesvorstand durch den Kollegen Philipp Werner vertreten. Den Geschäftsbericht gab der Vorsitzende des Bezirksverbandes, Kollege Lankehan. Er schilderte eingehend die wirtschaftliche Lage und den Stand der Organisation im Bezirk; dabei betonte er, daß trotz schlechterer Konjunktur im Baugewerbe die Mitgliederzahl von 11 762 im Jahre 1927 auf 15 902 am Schlusse des Jahres 1930 gestiegen ist. Die Zahl der organisierten Lehrlinge ist in der gleichen Zeit um das Doppelte gestiegen, sie beträgt heute 1125. Alle Kollegen müssen auch bei dieser katastrophalen Arbeitslosigkeit für die strikte Durchführung der Tarifverträge eintreten. Insbesondere dürfe sich kein Kollege zu untertariflichen Löhnen anbieten oder die achtstündige Arbeitszeit überschreiten. Wenn es bei der Lohnbewegung im Frühjahr gelungen sei, die unerhörten Lohnabbauanträge der Unternehmer abzuwehren, so zeuge dies von der inneren Kraft und Festigkeit des Deutschen Baugewerksbundes. Der Fortschritt der Technik und die rücksichtslose Rationalisierung auch im Baugewerbe erfordere, daß die Arbeitszeit wesentlich verkürzt werden müßte. Die Schläge der Brüning-Stegerwald-Regierung gegen die Arbeiterschaft durch den unerhörten Abbau der gesamten Sozialgesetzgebung müsse alle Bauarbeiter zu einer entscheidenden Abrechnung mit der bürgerlichen Gesellschaft am 14. September auf den Plan rufen. Als einzige Partei, die wirklich die Interessen der Arbeiterschaft vertritt, komme bei der Wahl nur die Sozialdemokratische Partei in Frage. Deshalb jede Bauarbeiterstimme nur dieser Partei, denn für die Bauarbeiterschaft stehe alles auf dem Spiele! — In der regen Aussprache wurde allgemein die Tätigkeit des Bezirksvorstandes anerkannt; dem Bezirksleiter, Kollegen Lankehan, sprach die Bezirkskonferenz einstimmig das Vertrauen aus. Eine von Bremer Delegierten eingegangene Entschließung, in der alle Bauarbeiter aufgefordert werden, bei der Reichstagswahl am 14. September nur der Sozialdemokratischen Partei als der berufenen Vertreterin der freien Gewerkschaften ihre Stimme zu geben, wurde gegen drei Stimmen angenommen. — Am nächsten Tage referierte Kollege Philipp Werner vom Bundesvorstand über die Aufgaben des Bundesstages. Er erläuterte eingehend die einzelnen Verhandlungsgegenstände. Die Fälle der zum Bundesstag gestellten Anträge sei sehr groß; hoffentlich werde der Bundesstag fruchtbringende Arbeit vor allem im Interesse der Bauarbeiterschaft leisten. Infolge der unerhörten Arbeitslosigkeit dürften Anforderungen auf Erweiterungen der jetzigen Unterstützungseinrichtungen im Bunde nicht gestellt werden; lediglich die Invalidenunterstützung sollte ein wenig aufgebessert werden. Zum Schluß besprach der Redner die Sitzverlegung des Bundes von Hamburg nach Berlin und unsere Bundesschule am Werksee. — In der Aussprache ergab sich in allen wesentlichen Punkten die Zustimmung der Konferenz zu den Anschauungen des Bundesvorstandes. Nach Erledigung einiger der Konferenz vorliegenden Anträge wurde dann der Bezirksvorstand mit Einschluß eines Vertreters der Jugend mit großer Mehrheit wiedergewählt. Als Mitglied der Sachungskommission des Bundesstages wurde Kollege Schöbe, Bremen, gewählt. Nach einem kurzen Schlußwort Lankehans, worin er nochmals auf die kommende Reichstagswahl hinwies und die Delegierten aufforderte, im Sinne der angenommenen Entschließung zu wirken, schloß die Konferenz mit einem kräftigen Hoch auf den Deutschen Baugewerksbund.

Bezirksverband Dresden. (Bezirksstag.) Am 31. August trafen im Rieser Volkshaus die Abgeordneten des Bezirksverbandes Sachsen zusammen. Es waren 161 Abgeordnete anwesend, außerdem der Bezirksvorstand und vom Bundesvorstand Kollege Schmitz. In seinem Geschäftsbericht verwies der Bezirksvorstande Richter auf die gewaltige Arbeitslosigkeit; fast 44% aller Mitglieder seien heute in Sachsen erwerbslos. Durch die Drosselung der Auslandsanleihen und zum Teil durch die Sabotage der Industrie ist die Arbeitslosigkeit künstlich gesteigert worden. Viele Gemeinden haben ihre Mietzinssteuermittel schon für mehrere Jahre im voraus verbannt. Durch diese Art „Wirtschaft“ verschulden die Gemeinden immer mehr. Immer wieder ist durch Eingaben und Konferenzen die Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung hervorgerufen worden. Alle Kräfte sind angeleitet worden, um die Krisenunterstützung auch für die baugewerblichen Arbeiter einzuführen. Neuerdings hat es den Anschein, als ob man in Sachsen für bestimmte Orte die Krisenunterstützung einführen wolle. Die Pflichtarbeit in den Gemeinden wachse sich zu einem Skandal aus. Während die Gemeinden die Wohlfahrtsunterstützung bevorzugt unterbringen wollen, sind vom Reich besonders beauftragte Personen unterwegs, um für vom Reich bezuschusste Arbeiten Arbeitslosenunterstützungsempfänger herauszufinden,

um die Arbeitslosenversicherung zu entlasten. Die Stellung der Unternehmer zur Lohnpolitik ist bekannt. Sie glauben, mit Hilfe der Behörden und der Regierung die Lohnsätze außer Kraft setzen und Abzüge diktiert zu können. In der Berichtszeit wurde der Lohn für Maurer um 15%, für Bauhilfsarbeiter um 16%, für Tiefbauarbeiter um 18%, für Stukkateure um 14%, für Ofenseher um 16% und für Fliesenleger um 27% gesteigert. Die Mitgliederzahl, die im Bezirk um die Mitte des Jahres 1927 61 064 betrug, ist bis zum 1. Juli 1930 auf 68 221 gestiegen. Dabei ist zu beachten, daß durch Grenzregulierungen im Westen Sachsens 5 363 Mitglieder an Grenzbezirke abgegeben wurden. Bei den Arbeitsgerichten sind die Funktionäre unseres Bundes noch verhältnismäßig schwach vertreten, auch in den Versicherungsinstanzen und in den Spruchbehörden. Unsere Funktionäre sollten sich kommunalpolitisch mehr betätigen, um dann in den Gemeinden politisch für die Belange der Bauarbeiter wirken zu können. In der Frage des Bauarbeiterschutzes wies der Redner auf die kürzlich in Sachsen in Kraft getretene Verordnung des Ministeriums hin; dann schilderte er die Durchbildung der Funktionäre des Bundes in unseren Schulungskursen. Die Bauhüttenbewegung hat gute Fortschritte gemacht. Zum Schluß legte der Redner ein starkes Bekenntnis zur Sozialdemokratie ab. Die Wahl am 14. September habe nicht nur hohe politische Bedeutung, es ständen dabei auch die Interessen der Gewerkschaftsmittelglieder auf dem Spiel. Jetzt heißt es für die Gewerkschaften, Farbe zu bekennen. Nur die Sozialdemokratische Partei unterstützt die Belange der Gewerkschaften, die Kommunisten dagegen wollen die Gewerkschaften zerstören. Dies wird erneut erwiesen durch die Neugründung von sogenannten oppositionellen Gewerkschaftsvereinigungen. Unsere Mitarbeit in den Parlamenten sei dringend nötig. Jeder Bauarbeiter und seine wahlberechtigten Angehörigen müssen am Wahltag sozialdemokratisch wählen! (Lebhafte Beifall). — Nach kurzer Aussprache wies Richter noch einmal auf unsere Forderung hin, daß bei Pflichtarbeit in allen Fällen der Tariflohn zu zahlen ist. Schließlich wies er noch auf die Verböhnung der Arbeiterschaft durch den Großpensionär Schacht auf der Bremer Schaffer-Wahlzeit hin. Dann setzte er sich nochmals mit dem staatlichen Schlichtungswesen auseinander. Einstimmig wurde eine Entschließung angenommen, in der, um die daniiederliegende Bauwirtschaft zu beleben und damit dem Elend tausender Bauarbeiter zu steuern, eine reichs- und landesrechtliche Regelung zur laufenden Bereitstellung der erforderlichen Mittel für den Wohnungs- und Straßenbau gefordert wird. Um eine regelmäßige Arbeitsmöglichkeit während des ganzen Jahres zu erreichen, sollen diese Mittel unabhängig von den Beschlüssen der gesetzgebenden Körperschaften bereitgestellt werden. Wenn die Mittel aus der Hauszinssteuer nicht ausreichen, so sollen Auslandsgelder für den Baumarke zugelassen werden. Für die Arbeitslosigkeit der Bauarbeiter wird zur Ueberwindung der Arbeitslosigkeit Arbeitslosenunterstützung gefordert. Jede Ausnahmebehandlung der Bauarbeiter bei Bezug von Arbeitslosenunterstützung wird zurückgewiesen. Die Krisenunterstützung ist allen arbeitslosen Bauarbeitern in unbeschränkter Dauer zu gewähren, sie darf auf die Bezugsdauer der Arbeitslosenunterstützung nicht angerechnet werden. Für gewährte Unterstützung darf Pflichtarbeit nicht gefordert werden. Wo statt Unterstützung Arbeit angeboten wird, müssen die tariflichen Bedingungen eingehalten werden. — Ueber den bevorstehenden Bundesstag sprach dann der Redakteur unseres Bundes, Kollege Schmitz. In den derzeitigen wirtschaftlichen Verhältnissen erkenne man mit aller Deutlichkeit den beginnenden Zusammenbruch des privatrechtlichen Wirtschaftssystems. Wir befinden uns in der Zeit des Spätkapitalismus. Die Reaktion wehrt sich mit Händen und Füßen und mit Gewaltmitteln gegen den Untergang der privatrechtlichen Welt. Unter diesen Umständen hat unsere Lohnpolitik einen schweren Stand. Auch die Sozialpolitik, vor allem das Arbeitslosenproblem, wird von allen Seiten angegriffen. Die große Arbeitslosigkeit führe zwangsläufig zu einer weiteren Einschränkung des Konsums. Während die Gewerkschaften die Arbeitszeit verkürzen und den Lohn steigern wollen, wollen die Unternehmer den Lohn senken und die Arbeitszeit verlängern; davon versprechen sich diese „Wirtschaftsführer“ eine „Ankurbelung“ der Wirtschaft. Mit allen diesen wichtigen Fragen wird sich der Bundesstag beschäftigen müssen. Der Redner ging dann auf die inneren Verhältnisse unseres Bundes ein und nahm Stellung zu einer Anzahl an den Bundesstag gestellter Anträge. Er empfahl die Anträge des Bundesvorstandes. In den Beiträgen und Unterstützungssätzen sollte in dieser Zeit nichts geändert, jedoch die Invalidenunterstützung verbessert werden. Die bevorstehende Reichstagswahl sei eine politische Lohnbewegung allergrößten Stils. Von dem Ausgang dieser Wahl hänge das Schicksal der deutschen Arbeiterklasse ab. Es gehe um deren Sein oder Nichtsein. Deshalb haben die Gewerkschaften das größte Interesse daran, die Sozialdemokratie als alleinige Verfechterin ihrer Belange verständig in den Reichstag einzuziehen zu sehen. Gelangt die Reaktion zur Herrschaft, dann wehe der Arbeiterschaft! Die Arbeiterrechte werden verschwinden, die sozialen Errungenschaften auf ein Minimum abgebaut werden. Die Kommunisten seien nichts anderes als die Steigbügelhalter der Reaktion. Deshalb komme für jeden Gewerkschafter nur eine politische Partei in Betracht und das sei die Sozialdemokratie! (Lebhafte Beifall). Nach kurzer Aussprache kam in einem Schlußwort Schmitz erneut auf das Verhältnis der KPD zur Gewerkschaft zu sprechen. Die KPD sei ein politisches und gewerkschaftliches Verkehrshindernis. Sie beenge und beeinträchtigt in jeder Weise die gewerkschaftlichen Ziele und Errungenschaften. Die Unternehmer kennen nur einen Feind: Die Sozialdemokratie. Ein klares Bekenntnis zur Sozialdemokratie sei heute notwendig. Die Entschcheidung laute: Demokratie oder Diktatur. Das größte Unglück sei allerdings der Bruderkampf. Wir müssen diesen Kampf im vollen Bewußtsein unserer Stärke aufnehmen. Nicht nur die Ueberwindung der Reaktion, sondern auch die Ueberwindung der kommunistischen Partei ist die Voraussetzung für den Aufstieg der Sozialdemokratie und damit der Arbeiterbewegung! Der lebhafteste Beifall zeigte auch hier, daß die übergröÙe Mehrheit der Abgeordneten den Standpunkt des Referenten teilte. Durch Abstimmung gaben die Abgeordneten zu erkennen, daß das bisherige Verwaltungssystem fakultativ bleiben möge. Auch wurde nicht gewünscht, daß von der vom Bunde zu be-

ziehenden Erwerbslosenunterstützung der Beitrag abgezogen werden soll. — Einstimmig wurde Richter als Bezirksvorsitzender wiedergewählt. Auch die übrigen Mitglieder des Bezirksvorstandes wurden, bis auf den neu hinzugekommenen Jugendvertreter, wiedergewählt. In die bezirkliche Verhandlungskommission für die Hauptberufe wurden gewählt: Guffahr, Reinecke, Hempel, Barth, Zimmermann, Nießner, Schmidt (Chemnitz), Schumann, Ruffloff, Röber, Thomas, Herrmann (Bauhen) und Lorenz. Als Revisor der Bundeshauptkasse soll dem Bundesstages der Kollege Falz, Dresden, als Stellvertreter Jä-nichen, Leipzig, vorgeschlagen werden. Als Mitglied der Sachungskommission des Bundesstages wurde Kollege Schumann gewählt. Vor Schluß der Tagung wünschte ein Vertreter der Bildhauer und Modelleur noch die Zusammenfassung dieser Spezialarbeiter in einer besonderen Fachgruppe. Dies soll angestrebt werden. Das Schlußwort des Kollegen Richter klang dahin aus, daß er nochmals die Notwendigkeit der Aufstellung eines mehrjährigen Bauprogramms verlangte, ferner die Verwendung der vollen Mietzinssteuermittel für den Wohnungsbau, die Einführung der Krisenunterstützung für baugewerbliche Arbeiter und die Festlegung tariflicher Löhne bei Pflichtarbeit. Zum Schluß hob er noch einmal die Notwendigkeit hervor, daß bei der Reichstagswahl jeder in dem auf der Konferenz angeführten Sinne seine Pflicht tun möge!

Bezirksverband Karlsruhe. (Bezirksstag.) Unsere Bezirkskonferenz tagte am 23. und 24. August in Karlsruhe. Es waren 45 Abgeordnete anwesend, 9 Mitglieder des Bezirksvorstandes, ein Vertreter des Gewerbeaufsichtsamtes und ein Mitglied des Bundesvorstandes. In seiner Begrüßungsrede wies der Bezirksleiter, Kollege Richard Horter, darauf hin, daß die Konferenz im Zeichen einer Wirtschaftskrise tagte, wie sie Deutschland noch nie erlebt hat. Bislang fehlte die praktische Tat, um der Arbeitslosennot abzuhelfen. Dagegen versucht das Unternehmertum überall, die Löhne abzubauen. Deshalb heißt es für uns, daß wir uns stark machen, um solchen Bestrebungen mit Erfolg entgegenzutreten zu können. Dann gab der Bezirkssekretär, Kollege August Philipp, den Geschäftsbericht. Er belegte zunächst den Stand der Arbeitslosigkeit mit statistischen Zahlen. Der Zubrang zum Baugewerbe ist in dieser Zeit der allgemeinen Krise besonders groß. Früher wurden bei Notstandsarbeiten zumeist Bauarbeiter verwendet, heute werden ausgesteuerte Arbeitslose zu solchen Arbeiten kommandiert. Besonders schlimm sieht es in der Pfalz aus. Unsere Bemühungen, eine besondere Arbeitsvermittlung für unsere Pfälzer Kollegen einzurichten, blieben leider ohne Erfolg, da die behördlichen Instanzen vollkommen versagen. Auch eine angestrebte Arbeitsvermittlung nach Frankreich blieb erfolglos. Im übrigen sind Kräfte am Werke, um das Bauen noch mehr abzubremsen. So hat sich der Vorstand des Badischen Städtebundes auf den Standpunkt gestellt, die Löhne seien zu hoch und müßten abgebaut werden. Ueber die Materialpreise hat man dort allerdings nichts gesagt. Solchen Körperchen geniert auch nicht die große Wohnungsnot, selber doch allein in Baden noch 45 000 Wohnungen! Einige leerstehende Wohnungen sind vorhanden, jedoch ist für Arbeiter die dafür geforderte Miete unerschwinglich. Solange eine Regierung wie die jetzige herrscht, ist auch eine Besserung der derzeitigen traurigen Zustände nicht zu erwarten. Deshalb müssen die gewerkschaftlichen Organisationen aus ihrer politischen Reserve heraus. Es gilt, am 14. September alles aufzubieten, daß die Sozialdemokratie gestärkt aus dem Wahlkampf hervorgeht. — Die Unterstützungseinrichtungen des Bundes haben sich als Segen für die Mitglieder erwiesen. Allein an Arbeitslose und Kranke wurde im Bezirk in der Berichtszeit über eine Million Mark ausgegeben. Schon mit dieser einen Zahl könne man jenen, die immer faszeln, der Bund tue nichts für seine Mitglieder, den Mund stopfen. Die Vorteile durch die Organisation zeigen sich auch bei Erledigung von Streifällen aus dem Arbeitsverhältnis. So wurden in den letzten drei Jahren 1678 Streiffälle ohne Gerichtsurteil und 98 vor den tariflichen Instanzen zugunsten der Arbeiter erledigt. Außerdem wurden über tausend Klagen vor den verschiedenen Gerichten zugunsten der Kollegen entschieden. Hunderttausende von Mark sind dabei für die Arbeiter herausgeholt worden. — Für unseren gemeinsamen Nachwuchs muß nach wie vor in jeder Weise eingetreten werden. Wir müssen ihn auch gewerkschaftlich und politisch aufklären. Das Baudelegiertenwesen muß ebenfalls sorgfältig gepflegt werden. Schon im Interesse des Bauarbeiterbundes, der oft noch sehr im Argen liegt, ist es nötig, daß auf jedem Bau Delegierte vorhanden sind. Im Bezirk haben sich in den letzten drei Berichtsjahren 5940 Unfälle ereignet; davon sind 96 tödlich verlaufen. Deshalb heißt es, überall darauf zu dringen, daß durch geeignete Schutzvorrichtungen solche Unfälle gemindert werden. Der Redner schloß nochmals mit der Aufforderung, daß jeder Bauarbeiter am 14. September seine politische Pflicht erfüllt und sozialdemokratisch wählt. — Ueber unsere Lohn- und Tarifbewegungen berichtete Bezirksleiter Horter. Er beleuchtete die derzeitige wirtschaftliche Lage und die reaktionären Bemühungen des mit der Regierung im Bunde stehenden Unternehmertums. Um diesem Ansturm erfolgreich begegnen zu können, müssen sich die Arbeiter wirklich starke Organisationen schaffen. Die Reaktion ist am Werke, sie beseitigt mit Hilfe dieser Regierung mit einem Federstich politische Rechte der Arbeiterschaft. Wehe der Arbeiterschaft, wenn das Besitzbürgertum am 14. September einen Wahlsieg erringt! Daher alle Kräfte und jede Stimme für die Sozialdemokratie! — In der Aussprache wurde weder an der Tätigkeit des Bezirksvorstandes, noch an den Ausführungen der Referenten irgendwelche Kritik geübt. Die Wichtigkeit der Wahl am 14. September wurde lebhaft unterstrichen. Kollege Buchmann berichtete noch über die Zustände im Saargebiet, wo sich die Unternehmer mit ihrer „freudeutschen“ Besinnung brüsten, aber die deutschen Arbeiterbundesorgane, da sie dort nicht gelten, absolut ignorieren. In einem Schlußwort betonte Kollege Horter nochmals die außerordentliche Wichtigkeit der bevorstehenden Reichstagswahl. — Am zweiten Verhandlungstage sprach Kollege Dtko vom Bundesvorstand über die Aufgaben des Bundesstages. Dabei handelte er auch die große Arbeitslosigkeit im Baugewerbe. Der 14. September müsse ein Ehrentag für die deutsche Arbeiterklasse werden, indem sie die Sozialdemokratie aus dieser Wahl gestärkt hervorgehen läßt. Diese Reichstagswahl sei nichts anderes, als ein großer Lohnkampf der Arbeiterklasse mit dem Unternehmertum. Dabei

hat dieses Unternehmertum das gesamte Besitzbürgertum, den Mittelstand und die Regierung auf seiner Seite. Besonders eifrige Helfer der Reaktion sind auf ihre Weise auch die Bolschewisten. Was heute in jenen Kreisen über die Sozialdemokratie gelogen wird, vor allem auch von der sogenannten christlichen Zentrumspresse, gehe auf keine Kuhhaut. An allem vorhandenen Unglück gebe man heute der Sozialdemokratischen Partei die Schuld, obwohl sie noch niemals ausschlaggebenden Einfluß in irgendeiner Reichsregierung hatte. Der Sturm auf die „zu hohen“ Löhne der Bauarbeiter sei allgemein. Sogar der Reichsarbeitsminister Siegelwald, der selbst aus dem Arbeiterstande hervorgegangen ist und den christlichen Gewerkschaften sehr nahe steht, hat sich für eine Herabsetzung der Bauarbeiterlöhne eingesetzt. Seine Schlußfolgerungen zeigen, daß der Mann vom Bauwesen überhaupt nichts versteht. Heute müsse ernstlich an eine Verkürzung der Arbeitszeit gedacht werden. In allen diesen Dingen brauchen wir eine politische Partei als unseren Fürsprecher. Dieser Fürsprecher kann nur die Sozialdemokratie sein. Keine andere Partei kommt dafür in Betracht! — Nachdem noch einige Delegierte gesprochen, wurde eine Entschließung angenommen, in der der Bezirkstag auspricht, daß an den Satzungsbestimmungen unseres Bundes, soweit sie sich auf Unterstützungen und Beiträge beziehen, mit Ausnahme bei der Invalidenunterstützung, nichts geändert werden möge. Einer Verbesserung der Invalidenunterstützung stimmte der Bezirkstag zu. Ferner wird in der Entschließung gegen die Verordnungen der Reichsregierung energisch protestiert und festgestellt, daß dieser Raub an der Arbeiterkraft vom Besitzbürgertum und der ihm ergebenden Reichsregierung ausgeht. Die Bauarbeiter empfinden die ihnen auferlegte Ausnahmebestimmung in der Arbeitslosenunterstützung als eine ungeheuerliche Entrechtung. Sie empfinden es auch als eine Entrechtung, daß man sie von der Krisenfürsorge immer noch fernhält und sie damit vom Hungern verurteilt. Alles muß geschehen, um die Bauarbeiter in eine gleiche Rechtsstellung wie die übrigen deutschen Arbeiter zu bringen. Der Kampf um die Sozialgesetzgebung müsse auf politischem Gebiet geführt werden. Der Sozialdemokratie fällt die Aufgabe zu. Diese Partei hat auch die gewerkschaftlichen Interessen der Arbeiterkraft nach allen Seiten hin gewahrt und vertreten. Deshalb sei es Ehrenpflicht für die Bauarbeiter, am 14. September für die Kandidaten der Sozialdemokratischen Partei einzutreten. — Der alte Bezirksvorstand wurde einstimmig wiedergewählt. In die Satzungscommission des Bundesstages wurde der Kollege Eberle, Mannheim, delegiert. Das Schlußwort des Kollegen Horter klang in den Wunsch aus, daß am 14. September der Sozialdemokratie der Sieg zufallen möge!

Bezirksverband Köln (Bezirksstag). Der Bezirksverband Rheinland tagte am 24. August in Köln. Anwesend waren 76 Abgeordnete, außerdem der Bezirksvorstand mit 11 Mitgliedern, und vom Bundesvorstand Kollege Scheibel. — Den Geschäftsbericht gab Kollege W h r e n s. Die Besonderheiten des Rheinlandes nach der wirtschaftspolitischen Seite hin zeigen sich im Baugewerbe besonders in der Bauertätigkeit. Wenn das Rheinland bis 1914 durch die Zuzugung vieler Beamten aus dem Reich eine rege Tätigkeit aufweisen konnte, wenn ferner 1918 und 1919 die Bauten für die Besatzung viele Arbeitskräfte erforderten, dann müssen wir heute einen fast absoluten Stillstand im Baugewerbe feststellen. Die freigewordenen Bauten aus der Besatzungszeit verringern naturgemäß auch die Notwendigkeit von öffentlichen Bauten. Die schwierige Lage des Baugewerbes in unserem Bezirk wirkt sich deshalb auch in der Werbetätigkeit schädlich aus. Diese Schwierigkeiten sind mit maßgebend für die Widerwärtigkeiten, die bei Inanspruchnahme der Rechte der Bauarbeiter auftreten. Das gilt sowohl für das Arbeitsrecht wie auch für das Tarifrecht. Die Baudelegiertenfrage ist leider noch nicht in dem Sinne gelöst, wie wir es gerne haben möchten. Das ist einer der wichtigsten Gründe für die Schwierigkeiten der Durchführung unserer uns zustehenden Rechte. Bei Beginn der Berichtszeit im dritten Vierteljahr 1927 waren im Bezirksverband Köln 17 266 Mitglieder vorhanden. Der Abschluß des zweiten Vierteljahres 1930 zeigt eine Mitgliederzahl von 20 292, also ein Mehr von 3026. Die einzige Gruppe, die einen Verlust an Mitgliedern in den letzten drei Jahren aufzuweisen hat, ist die der Erdarbeiter mit 138. Trotz der großen Arbeitslosigkeit im Bezirk konnte also die Mitgliederzahl nicht nur stabil gehalten, sondern auch noch vermehrt werden. — Die Arbeitslosigkeit im Bezirk stand während der drei Jahre über dem Reichsdurchschnitt. 1927 betrug die Durchschnittsarbeitslosigkeit im Bezirk 23,1 %, für 1928 22,2 %, für 1929 31,7 %. In diesem Jahr ist die Zahl der Arbeitslosen 51,3 %. Diese nackten Zahlen zeigen die unheilvolle Lage des Baugewerbes im Rheinland. Im übrigen zeigt die Justizstatistik, daß wir im Rheinland noch ein großes Feld zu beackern haben. So sind von den im Juli erfaßten 9000 Maurern, zu denen noch 1000 Maurer in der Eifel und aus dem Gebiet Siegburg kommen, nur 6280 bei uns organisiert. Von den durch die Statistik erfaßten 10 000 Hilfsarbeitern sind 6676 bei uns organisiert. Diese Zahlen beweisen die Notwendigkeit vermehrter Agitation. Schließlich erwähnte Kollege W h r e n s noch die Unaufrichtigkeit der Christen, insbesondere bei den Reparationsarbeiten in Frankreich. Das innige Zusammenwirken zwischen Unternehmern und christlichen Arbeitervertretern gibt zu denken und erfordert unsere größte Aufmerksamkeit. Bei der Schilderung unserer Lohn- und Tarifpolitik berichtete der Redner auch über die erfolgreichen Abwehrmaßnahmen gegen die Lohnabbaubestrebungen der Bauunternehmer; sie waren nur möglich durch die trotz sinkender Konjunktur immer mehr erstarkende Organisation. — Nach der Aussprache, in der auch Kollege S c h e i b e l einige grundsätzliche Fragen besprach, stellte Kollege W h r e n s im Schlußwort die einstimmige Zustimmung der Delegierten zur Tätigkeit der Bezirksleitung unter lebhaftem Beifall fest. — Dann wurden die Anträge zum Bundesstag behandelt. Nach der einstimmigen Meinung des Bezirksvorstandes sollen die bisherigen Bedingungen in der Beitrags- und Unterstützungsfrage bis auf die Invalidenunterstützung wie bisher bestehen bleiben. Der neue Antrag des Bundesvorstandes zur Invalidenunterstützung soll unterstützt werden. Alle Anträge zu den Anstellungsbedingungen sind zurückzuweisen. Wegen Uebernahme der Kosten der Geschäftsführungen der Baugewerkschaften soll der Bundesvorstand, wenn nötig, dem nächsten Bundesstag bestimmte Vorschläge machen. Alle Anträge zur Lohn- und Tarifpolitik sollen dem Bundesvorstand als Material überwiesen werden. Die Aussprache war lebhaft. Schließlich wurde

dem Vorschlag des Bundesvorstandes in der Invalidenunterstützung zugestimmt. In der Beitrags- und Unterstützungsfrage soll es bei dem Bestehenden bleiben. Die Anstellungsbedingungen und die Kostenfrage der Baugewerkschaften sollen dem Antrag des Bezirksvorstandes entsprechend behandelt werden. Alle Anträge zur Lohn- und Tarifpolitik wurden dem Bundesvorstand als Material überwiesen. Als Mitglied der Satzungscommission des Bundesstages wurde Kollege H e m m e r s b a c h, Düren, bestimmt. Zur Reichstagswahl nahm der Bezirkstag durch Annahme einer Entschließung Stellung, in der auf die Notwendigkeit aktiver Teilnahme an der Wahl für die Liste 1, Sozialdemokratische Partei, hingewiesen ist. Diese Entschließung wurde unter lebhaftem Beifall gegen 5 Stimmen angenommen. Der bisherige Bezirksvorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Mit einem Hoch auf die deutsche Arbeiterbewegung schloß die gut verlaufene Tagung.

Bezirksverband Rostock. Am 24. August tagte in Rostock unser Bezirksstag. In seinem Geschäftsbericht für die letzten drei Jahre wies der Bezirksvorstand auf die sehr schlechte Wirtschaftslage und Bauertätigkeit hin. Er berichtete über die Mitgliederbewegung, über die Werbeitätigkeit, über unsere Lohnbewegungen, über die Sozialisierungsbeiträge und den Bauarbeiterlohn. Dabei betonte er, daß die Baudelegierten im allgemeinen ihre Rechte noch nicht genügend auszunutzen wissen. Ferner berichtete er über die bolschewistischen Umtriebe in Parchim und teilte die Gründe mit, die den Ausschluß von Rehmer, Schulz und Genossen wegen ihres hochschädlichen Verhaltens zur Folge hatten. Zum Schluß empfahl er nachstehende Entschließung zur Annahme: „Der dritte Bezirkstag verurteilt auf das schärfste die Handlungsweise der „Revolutionären Gewerkschaftsopposition“ gegen die freien Gewerkschaften. Der Bezirkstag ist der Ansicht, daß infolge der gewerkschaftsfeindlichen Einstellung der KPD, die deutschen Bauarbeiter verpflichtet sind, ihre politischen Interessen lediglich der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu übertragen und ihr jede moralische und materielle Unterstützung zuteil werden zu lassen.“ In der Aussprache, die sich im Sinne des Berichterstatters bewegte, wurde das bundeschädigende Treiben der Kommunisten scharf unter die Lupe genommen und verurteilt. Auch der Bundesvorstand, Kollege B e r n h a r d, beteiligte sich an der Aussprache, wobei er Tariffragen erörterte und über die Leistungen des Bundes für die Jugend berichtete. Die Entschließung wurde gegen 5 Stimmen angenommen. Ferner wurde einstimmig beschlossen, den Sozialisierungsbeitrag in Zukunft nicht mehr zu erheben. — Die Anträge zum Bundesstag wurden vom Kollegen B e r n h a r d eingehend besprochen. Es sei unmöglich, unter den jetzt herrschenden wirtschaftlichen Verhältnissen eine entscheidende Aenderung unserer Beiträge und Unterstützungen vorzunehmen. In die Satzungscommission des Bundesstages wurde der Kollege F r a m e r, Wismar, delegiert. In die Verhandlungskommission sollen die Baugewerkschaften Rostock, Boizenburg, Ribnitz, Ludwigslust, Schwaaen und Stargard je einen Vertreter wählen. Da unser Bezirksleiter, Kollege M ü h l e, mit dem 31. Dezember infolge Alters aussteht, wurde an seine Stelle einstimmig der Kollege F r. K o p p e r m a n n, Steffin, gewählt. Ferner gehören dem Bezirksvorstand an die Kollegen Papenbrock, Paepke, Griem, Mundt, Höna, Penz und Eggers. An Stelle des auscheidenden Kollegen P o r n wurde Kollege Schmidt, Jugendleiter in Rostock, gewählt. — Die nachträglich festgestellte Präsenzliste ergab die Anwesenheit von 71 Abgeordneten, 9 Mitgliedern des Bezirksvorstandes und des Kollegen B e r n h a r d vom Bundesvorstand. Ferner waren anwesend die Kollegen F r. K o p p e r m a n n und H a h n s o w vom Steffiner Bezirksverband und der Vorsitzende des WGB, für Pomern, Mecklenburg und Grenzmark, Kollege J a b e l. Nicht vertreten waren die Baugewerkschaften Crinitz, Dömitz, Neuhäus, Neukalen und Stavenhagen. Kollege B e r n h a r d hob noch in besonderer Rede die guten Leistungen des Kollegen M ü h l e hervor; er dankte ihm im Namen des Bundes für seine langjährige Treue und Mitarbeit auf das herzlichste. Kollege M ü h l e dankte dem Kollegen B e r n h a r d und allen Kollegen für das ihm in all den Jahren seiner Tätigkeit entgegengebrachte Vertrauen und die gute Mitarbeit. Er wünschte dem Bezirk unter der neuen Leitung auch fernerer gutes Gedeihen.

Bezirksverband Stuttgart (Bezirksstag). Am 16. und 17. August tagte unser Bezirksstag in Stuttgart. Er wurde eingeleitet mit drei prachtvoll vorgetragenen Chören des Arbeitergesangvereins „Gleichheit“. Vertreten waren sämtliche Baugewerkschaften durch insgesamt 56 Delegierte, der Bezirksvorstand und vom Bundesvorstand Kollege R o s e n z w e i g. Aus dem Tätigkeitsbericht des Kollegen B u c k e l, der jedem Delegierten gedruckt vorlag und die großen Aufgaben, die in der Berichtszeit zu erfüllen waren, eingehend schilderte, sei folgendes erwähnt: Unser ganzes Tun und Handeln in der Berichtszeit war bestimmt durch die jeweilige Baukonjunktur, die sich in den Jahren 1929 und insbesondere 1930 katastrophal nach unten bewegte. Noch im Juni 1930 waren rund 50 % unserer Mitglieder arbeitslos. Hatten wir noch im Jahre 1929 eine Durchschnittsbeschäftigungsmöglichkeit von 33,5 Wochen erreicht, so wird dies im Jahre 1930 sicherlich bei weitem nicht erreicht werden. Der Wohnungsbau ist wesentlich eingeschränkt, größere Tiefbauarbeiten sind nur im Gebiete der Baugewerkschaft Ludwigen an der Donauverlegung und an den dortigen Bahnbauten durchgeführt worden. Trotz der schlechten Bauertätigkeit war es dennoch möglich, durch intensive Werbetätigkeit die Mitgliederzahl im Bezirk wesentlich zu steigern. An der Zunahme, die rund 27,2 % beträgt, waren alle Baugewerkschaften ungefähr gleichmäßig beteiligt. Die Fluktuation hat zwar in ihrem Umfange nachgelassen, ist aber immer noch ziemlich groß. Durch ein noch besser ausgebautes Baudelegierten-system könnte sicherlich darin noch bessere Abhilfe geschehen. Unsere Jugendbewegung hat sich erfreulicherweise gefestigt und gefestigt; die Mitgliederzahl in den Jugendabteilungen hat sich um 30 % gesteigert. Dem Bauarbeiterlohn wird immer noch nicht die Beachtung geschenkt, die angesichts der ungeheuren Unfallzahlen, in unserem Bezirk notwendig wäre. Die Zusammenarbeit zwischen Bezirk und Baugewerkschaften war recht erfreulich und nützlichbringend. — In der Aussprache wurde die erfolgreiche Arbeit des Bezirksvorstandes von allen Rednern gebührend gewürdigt. Verschiedene Leiter von staatlichen und kommunalen Bauämtern wurden dabei scharf unter die Lupe genommen, da ihre Stellungnahme bei Ausschreibungen von Arbeiten, Festlegung von kurzen Baufristen usw. zu schädigenden

Auswüchsen im Baugewerbe führt. Eine entsprechende Eingabe an die städtischen und Staatsbauämter wegen der heute allgemein üblichen, sehr kurzen Baufristen wurde gewünscht und vom Bezirksvorstand zugesagt. — Dann sprach Kollege R o s e n z w e i g vom Bundesvorstand über die Aufgaben des Bundesstages. Am Schluß seiner Ausführungen kam er zu der Auffassung, daß an unseren Satzungen in diesem Jahre nicht viel geändert werden möge. Die heutige Zeit sei nicht reif für Experimente, es gelte jetzt, das bisher Erungene mit aller Kraft zu erhalten. Die Ausführungen wurden mit dankbarem Beifall aufgenommen. Eine Aussprache wurde nicht gewünscht. Dann sprach über unseren Kampf um die Arbeitslosenversicherung eingehend Kollege B u c k e l. Was der Bezirksvorstand und im Bunde mit ihm die einzelnen Angestellten in bezug auf die Arbeitslosenversicherung zu leisten hatten, dürfte wohl einzig dastehen. Die Auslegung einzelner Paragraphen durch die Arbeitsämter, insbesondere aber die Stellung des Landesarbeitsamtes Süd-West war nicht allein ungerecht, sondern in bezug auf § 89a, und da und dort auch auf § 107c, schikanös. Diese Mißstände wurden vom Kollegen B u c k e l scharf kritisiert, wobei das Spar-system des Landesarbeitsamtes Süd-West besonders verurteilt wurde. Die Notverordnung der Reichsregierung zur Arbeitslosen- und Krankenversicherung wurde ebenfalls einer eingehenden Kritik unterzogen. Die Ausführungen B u c k e l s klangen aus in den Mahnruf, daß alle Kollegen verpflichtet sind, am 14. September bei der Reichstagswahl die gebührende Antwort zu geben, und zwar nur mit dem Stimmzettel der Sozialdemokratischen Partei, weil nur sie die Interessen der Arbeiterschaft wirksam vertritt. Kollege B u c k e l erntete stürmischen Beifall. Als Vertreter im Vorstand der Reichsanstalt berichtete dann noch Kollege R o s e n z w e i g über die Verhandlungen im Vorstand der Reichsanstalt. Er schilderte dabei die großen Schwierigkeiten, die die Vertreter der freien Gewerkschaften, gemessen an dem Stimmenverhältnis, im Vorstand haben. Auch er legte dar, daß die KPD-Politik für die Arbeiterschaft schädlich wirke; auch das Verlangen der Vertreter der Christlichen in der Frage der Arbeitslosenversicherung sollte den Bauarbeitern zu denken geben und sie veranlassen, am 14. September ihre Pflicht zu erfüllen und sozialdemokratisch zu wählen. — Eine dementsprechende Entschließung zur Reichstagswahl wurde einstimmig angenommen. — Der bisherige Bezirksvorstand wurde unter Hinzunahme eines jugendlichen Vertreters, des Kollegen W i l h. S c h e u e r m a n n, Weil im Schönbuch, einstimmig wiedergewählt. Von den gestellten Anträgen wurde nur der Antrag Stuttgart angenommen, der vom Bundesvorstand die Durchführung von Baudelegiertenkursen während der Winterzeit in den Bezirksvororten wünscht. In die Satzungscommission des Bundesstages wurde Kollege G u e t h n e r, Ulm, delegiert. Mit einem anfeuernden Schlußwort des Kollegen B u c k e l und mit einem Hoch auf den Baugewerksbund fand dann der Bezirkstag sein Ende.

Aus den Baugewerkschaften

Crinitz. (K o m m u n i s t e n h e f e.) Das „Volksecho“, ein Ableger der bolschewistischen Hefepresse, versucht in jeder Weise, die gewerkschaftliche Bewegung in Crinitz zu schädigen und deren Führer maßlos zu verächtigen. So berichtete es am 25. Juli, in der Steinzeugfabrik Emil Bühler sei die Belegschaft von 80 auf 60 vermindert, der Lohn abgebaut und die Arbeitsleistung gesteigert worden. Der Betriebsratsvorsitzende, unser Kollege Paul Franke, habe vorgezogen, während dieser Experimente in einen Krauterebetrieb zu gehen, um sich der Kontrolle der Arbeiter zu entziehen. In Wirklichkeit liegt es so, daß unser Kollege Franke 1924 wegen der Maiseier als Betriebsratsvorsitzender der Firma Bühler gemahregelt wurde und dann in einem Innungsbetrieb Arbeit annehmen mußte. Dort wurde er 1927 wiederum gemahregelt. Heute arbeitet er, da er nirgends Arbeit finden konnte, in einem Kleinbetriebe. Anstatt diesen Opfermut für die Gewerkschaftsbewegung anzuerkennen, wird Kollege Franke von diesem Heßblatt sogar noch obendrein persönlich maßlos verächtigt. So heißt es in jenem Artikel: „Böse Jungen behaupten, daß für Paulchen (Franke) bei Tarifabschlüssen etwas extra abfiel.“ Das ist die größte Gemeinheit, die sich ein solches Auch-Arbeiterblatt leisten kann. Der Kollege Paul Franke, der stets uneigennützig und überzeugungstreu für die Crinitzer Arbeiterschaft gewirkt hat und heute dafür arm wie eine Kirchenmaus ist, wird nun von diesem Auch-Arbeiterblatt verdächtigt, sich als Judas der Arbeiterschaft gegenüber benommen zu haben. Das ist der Gipfel der Gemeinheit und Niedertracht! Unter solchen Umständen muß man bedauern, daß es immer noch Arbeiter gibt, die einer solchen gemeinen Sippe nachlaufen! Die Arbeiterschaft in Crinitz wird allerdings solchen Machenschaften die Quittung austellen, indem sie am 14. September sozialdemokratisch wählt. Nur die Sozialdemokratie vertritt die Interessen der Arbeiterschaft. Auf jener Seite aber sind nur die vergifteten Waffen der Lüge, der Verleumdung und Niedertracht üblich!

Nürnberg. Ein dreifaches Jubiläum konnte am 31. August unsere Zahlstelle Erlangen feiern. Seit Gründung des Zweigvereins des Zentralverbandes der Maurer sind nunmehr 35 Jahre, seit Gründung der Filiale des Zentralverbandes der Stukkateure 30 Jahre und seit Gründung des Zweigvereins des Zentralverbandes der Bauhilfsarbeiter 25 Jahre verflossen. Von den Mitgründern sind leider nur noch wenige unter uns. Es sind dies von den Maurern Franz Neubauer, von den Stukkateuren Hans Eger, Josef Kercher, Konrad Leichle und von den Bauhilfsarbeitern Lorenz Meyer und Fritz Frenzel. Am selben Tage feierten noch 11 Kollegen das 25jährige Mitglieds-jubiläum. Unsere Zahlstelle weist nun insgesamt 60 Kollegen auf, die eine mehr als 25jährige Mitgliedschaft hinter sich haben. Die Festrede hatte Kollege M e r k e l übernommen. Er schilderte die Entstehung und Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisationen, insbesondere die Entwicklung der baugewerblichen Organisationen in Nordbayern und dankte den Jubilaren und den Gründern für die großen Opfer, die sie für die Organisation gebracht haben. Er gedachte auch der Frauen, die ebenfalls große Opfer brachten. Mit der Aufforderung, mit Lust und Liebe für den Bund zu arbeiten und es den Alten gleichzutun, schloß Kollege Merkel mit einem fachen Hoch auf die Jubilare und unsern Baugewerksbund seine mit großem

Beifall aufgenommenen Rede. — Nach einem Hinweis auf die Wichtigkeit der Wahlen, und mit der Aufforderung, nur der Liste 1 die Stimme zu geben, wurden die Ehrenurkunden und die Bundesnadeln überreicht. Gute Musik und gesellige Unterhaltung hielt die Anwesenden bis in die Abendstunden zusammen. Es darf angenommen werden, daß die Feier zur weiteren Befestigung und Erweiterung des Bundes beitragen wird.

Torgau. („Revolutionäre“ Arbeitervertreter.) Zum zweiten Male wurde vor dem Torgauer Arbeitsgericht von dem Industrie-Verband („Kaiserlicher“ Couleur) gegen die Firma Schaubitzer, Bitterfeld, geklagt. 6 Arbeiter waren bei den Regulierungsarbeiten am sogenannten Mollgraben bei Annaburg im Akkord nicht auf ihren Tariflohn gekommen. In der ersten Verhandlung konnte ihr Vertreter Krüger noch nicht einmal auf die Frage des Richters antworten, ob und wo darüber etwas im Reichstaxtarifverträge stehe, daß den Arbeitern bei Akkordarbeit der Tariflohn garantiert werden müsse, obwohl Krüger den Reichstaxtarif bei sich hatte. So sieht es in der Praxis bei diesen Revolutionären aus. In der zweiten Verhandlung hatte dann Krüger gekniffen; er hatte einen Arbeiter geschickt, der erst vor kurzem durch Schwindelagitation angeworben worden war; der sollte nun die Geschichte rausreißen. Jedoch das Gericht nahm zunächst Stellung dazu, ob der Industrie-Verband überhaupt als Vertreter auftreten könne. Nach längerer Beratung wurde dann die Zulassung abgelehnt. Damit sind nun die betreffenden Arbeiter ihrem Schicksal überlassen. Ein neuer Termin wurde angesetzt. — Vor kurzem erlebte auch Holzweihlig, der „Führer“ der sogenannten Roten Gewerkschafts-Opposition den gleichen Reinfall. Den Arbeitern diene dies zur Warnung. Nur Baugewerkschaften sind berufen, die Interessen der Arbeiter vor allen Instanzen wahrzunehmen. Das sollten endlich alle Arbeiter beachten.

Weißenfels. (Eine KPD-Wahlagit.) Die Weißenfelsler bolschewistische Bauarbeiter-Opposition fristet unter Ausschluß der Öffentlichkeit ein hilfloses, jämmerliches Dasein. Fröhner's „Großorganisation“, mit der einst von uns getauften Firma, konnte trotz größter Anstrengungen keinen Einfluß auf die wirtschaftlichen Belange der Bauarbeiterschaft gewinnen. Alle Versprechungen dieses Maulhelden sind Phrasen geblieben. Der einzige „Erfolg“ dieser „Arbeitervertreter“ ist eine gepaltene, uneinige Bauarbeiterschaft und die Züchtung von Unorganisierten. Viele Bauarbeiter haben sich heute allerdings wieder von diesen Katastrophopolitikern losgesagt und sind zu ihrer bewährten Organisation zurückgekehrt. Nach mancher Kollege wird ihnen folgen. Trotz dieser Feststellungen glauben diese Narrenpolitiker — in ihrer eigenen Presse, dem „Klassenkampf“ als linkes Sektiererum bezeichnet — ihre Daseinsberechtigung immer wieder beweisen zu müssen, indem sie mit gemeinem und verleumderischem Geschreibsel den Deutschen Baugewerksbund und seine Funktionäre besudeln. Auch bei der Agitation für die Reichstagswahl muß Fröhner sein Mameluckentum der KPD gegenüber beweisen. Um so mehr, da er an zehnter — also an ganz aussichtsloser — Stelle auf der KPD-Liste steht. Fröhner und Anhang haben nun in der Nr. 200 des „Klassenkampf“ einen Aufsatz verbrochen mit dem Titel: „Von der SPD. an Privatunternehmer verschachtet“. Dieses Gejodel kann an Lumpenhafigkeit nicht mehr übertroffen werden. In der gemeinsten, gehässigen Weise zieht man über einzelne Personen her, weil ein Fröhner-Mitglied unter Vorpiegelung falscher Tatsachen bei den Demogebanten die Arbeit aufnehmen wollte. Lediglich eine Auseinandersetzung auf der Baustelle mit den die Gesamtbelegschaft herausfordernden Oppositionellen benutzen diese Drahtzieher und Mamelucken zur gemeinsten Wahlagit gegen die SPD. Am Schlusse der Sudelei wird natürlich aufgefordert, Liste 4 zu wählen. Die denkende Arbeiter-schaft wird natürlich nur der SPD. (Liste 1) ihre Stimme geben. — Dem „Klassenkampf“ ist eine Berichtigung zugestellt worden. Gebracht wird sie natürlich nicht werden. Im übrigen sind die „gewerkschaftlichen“ Fröhner-Versammlungen nur noch Wahlversammlungen der KPD. Man befaßt sich dort nur noch mit der Sammlung von Geldern in den Wahlfond der KPD. zur Bekämpfung der Interessen der Arbeiter-schaft.

Töpfer und Fliesenleger.

Mannheim. Nach schwierigen Verhandlungen ist es uns gelungen, einen neuen Akkordtarif für Fliesenleger abzuschließen. Aus den Verhandlungen ergab sich, daß einige Kollegen, besonders aus Ludwigshafen, große Fehler begangen haben, die die Verhandlungen sehr erschwerten. Wegen eines Kollegen mußte sogar das Ausschlußverfahren eingeleitet werden. — Das neue Preisverzeichnis ist auf einer besseren Grundlage aufgebaut worden, vor allen Dingen haben wir die Helferfrage restlos geregelt. Der Lohn und die sozialen Ansprüche sind im Reichs- und im Bezirksstarifvertrag fürs Hochbaugewerbe geregelt. Die Verhandlungen haben besonders gezeigt, wie notwendig es ist, einen Reichstaxtarif für das Fliesenlegergewerbe zu schaffen. In den Kollegen liegt es bis zum 31. März 1931, dem Tage des Ablaufs des geltenden Tarifs, eine bessere Grundlage für die Verhandlungen zu schaffen. — Wegen Kollegen, die gegen den Tarifvertrag verstoßen, werden wir mit aller Schärfe vorgehen!

Scheibentöpfer auf Blumentöpfe und Untersätze gesucht. Willst, Lauenburg (Elbe).

Allgemeine Rundschau

Hände weg von der Hauszinssteuer! In der letzten Augustwoche ist in Leipzig der erste Deutsche Baustag und die Baumeisse eröffnet worden. In den Eröffnungsvorträgen nahmen die Redner auch Stellung zu dem Grundübel unserer Zeit, der daniederliegenden Bauwirtschaft. Es wurde manches Richtige gesagt. Aber nicht immer auf richtigem Wege befanden sich die Vortragenden, wenn es galt wirksame Maßnahmen zur Behebung der Wirtschaft vorzuschlagen. Durchaus ungeeignet war, und ein bißchen stark nach Rückständigkeit roch es, als ein so prominenter Herr, wie der erste Direktor der Deutschen Bau- und Bodenbank, Dr. Kämpfer, Berlin, in seinen sonst geistvollen Ausführungen, den Satz sprach: „Wenn es der Privatwirtschaft schlecht geht, dann geht es auch dem deutschen Volk schlecht!“ Daß dies nicht so sein muß und keine exakte Wissenschaft ist, beweist schon die Tatsache, daß heute nicht nur Sozialisten, sondern auch weite Kreise des Bürgertums — ja, sogar vereinzelt Unternehmer — anerkennen, daß nicht der Privatwirtschaft, sondern der Gemeinwirtschaft die Zukunft gehört. Nur auf der Grundlage der Gemeinwirtschaft können die großen Probleme unserer Zeit gelöst werden. Auch was Herr Dr. Kämpfer über die Bedeutung der Hauszinssteuer für die Wohnungswirtschaft sagte, war sehr kurzschichtig. In allen verantwortungsbewußten Kreisen — mit Ausnahme gewisser Unternehmerkreise — weiß man, daß auf die Wohnungszwangswirtschaft mit ihrer Hauszinssteuer nicht verzichtet werden kann, wenn nicht der Wohnungsbau gänzlich und auf Jahrzehnte hinaus lahmgelegt werden soll. Es wird heute allgemein anerkannt, daß auf die Hauszinssteuer als Faktor zur Behebung des Wohnungsbaues nicht verzichtet werden kann. Es ist unerfindlich, wie Herr Dr. Kämpfer von der Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft, von der Beseitigung der Hauszinssteuer eine Behebung des Wohnungsbaues erwartet, da unter anderem „die Leute mit gutem Einkommen aus den falschen Wohnungen“, das soll wohl heißen, aus den ihrem Gehalt entsprechend billigen Wohnungen, „herausgebracht werden“. Diese Ausführungen zeigen eine Auffassung, die im Interesse der Bauwirtschaft bedauert werden muß. — Dringend notwendig wäre, daß auf den Tagungen der Baufachmänner, besonders auf der Leipziger Baumeisse, die führenden Männer nicht mit dem Gedanken der Beseitigung der Hauszinssteuer spielen lassen, sondern für ihre Aufrechterhaltung eintreten. Andernfalls betreiben sie nur die Geschäfte der Hausagrarier. Wohin das Anrennen gegen die Wohnungszwangswirtschaft führt, das kann man in diesen Tagen wieder sehen. Das Brüning-Kabinett trägt sich mit dem Gedanken, nicht die Hauszinssteuer aufzuheben, sondern weitere Hauszinssteuermittel — man spricht von 400 Millionen — dem allgemeinen Etat zuzuführen. Das wäre so ziemlich das Vergle, was von dieser Reichsregierung dem deutschen Volk beschert werden könnte. Die zum Zwecke des Wohnungsneubaus aufgebrauchten Mittel sollen für Zwecke der Reichswehr, zur Verfügung stehen, sondern nicht mehr für Bauzwecke zur Verfügung stehen, sondern für Zwecke der Reichswehr, für Generalpensionen und andere Dinge! Wir benutzen schon jetzt die Gelegenheit, erneut für die Hauszinssteuer einzutreten und der Reichsregierung zuzurufen: Hände weg von der Hauszinssteuer!

Großer Zugang von Neubauwohnungen. Selten war das Baugeschehen so günstig als in diesem Jahr. Dadurch konnten in den ersten 6 Monaten über 75 000 Wohnungen fertiggestellt werden. Vielfach waren sie im Vorjahr begonnen. Aber in der Zahl der Bauerlaubnisse macht sich die unsichere Wirtschaftsentwicklung geltend. Sie ist um 34 % im ersten Halbjahr 1930 gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres zurückgeblieben. Die gesamten Bauvorhaben Ende Juli 1930 sind um 43 000 Wohnungen niedriger als Ende Juli 1929. Der Kleinwohnungsbau wurde besonders gefördert. In den erstarrten Groß- und Mittelstädten betrug der Anbau der erbauten Einfamilienhäuser 27 % gegen 41 % 1927. Es werden also in stärkerem Maße Mehrfamilienhäuser gebaut. Die dreiräumigen Wohnungen hatten eine große Zunahme. 1930 entfallen 42 % auf solche Kleinwohnungen. Kleinwohnungen werden meistens von öffentlichen Körper-schaften und gemeinnützigen Baugesellschaften errichtet. Durch Unter-schließung aus öffentlichen Mitteln wurden 1930 nicht weniger als 92 % sämtlicher Wohnungen gebaut. Ohne öffentliche Unterstützung ist kein Wohnungsbau möglich.

Die Leipziger Baumeisse wird gebaut. Nach Überwindung von mancherlei Schwierigkeiten kann jetzt mit dem Bau der Baumeisse in Leipzig begonnen werden. Die Siedlung stellt nach der Weißhof-Siedlung in Stuttgart und der Dammertock-Siedlung in Karlsruhe das Thema des öffentlichen Siedlungsbaues zum dritten Male zur Aussprache. — Nebeneinander entstehen auf dem Gelände zunächst drei Baublöcke in verschiedener Bauweise: Stahlbleck, Betonbleck und Holzbleck. Ein vierter Baublock, der in Ziegelbauweise ausgeführt werden soll, kann wenige Wochen später in Angriff genommen werden. Neue und älteste Bauweisen stehen hier also im offenen Wettbewerb nebeneinander. Während der Messzeit und später wachsen die Blöcke je nach der Bau-

weise schneller oder langsamer vor den Augen der Bauinteressenten. Ebenso wie die äußere Gestaltung und der Aufbau eine interessante Darstellung der Lösung verschiedener Probleme geben soll, so wird man sich auch bei der Inneneinrichtung, soweit sie vom Bauauftraggeber zu beschaffen ist, über manche Fragen klar werden können. Nebeneinander werden Blockheizung und Hausheizung, Etagen- und Zimmerheizungen gezeigt, so daß die deutsche Heizungsindustrie Möglichkeiten zum offenen Wettbewerb hat. Die Haut der Wände (Leim, Delfarbe, Tapeten und Eincrusta) soll sich im fertigen Bau in ebenso großer Vielseitigkeit zeigen, wie die Oberflächenbehandlung der Fußböden. Trotz der Vielseitigkeit der verwendeten Baustoffe und Baukonstruktionen soll die Gesamtheit der Wohnblöcke ein einheitliches und straff zusammengefaßtes Bild ergeben. Besonders erschwerend wirkte dabei die Verschiedenheit der Baukonstruktionen, die als Flach- und Steildächer ausgeführt werden.

Abrechnung des Deutschen Baugewerksbundes über das 2. Quartal 1930.

Table with columns for Einnahmen (Income) and Ausgaben (Expenditures). Einnahmen total: 3 750 301,80 M. Ausgaben total: 3 317 820,44 M. Net result: 432 622,87 M.

Bilanz. Einnahme 3 750 443,31 M. Ausgabe 3 317 820,44 M. Mehreinnahme 432 622,87 M.

Herm. Kober, Kassierer. Berlin, 7. September 1930. Vorstehender Rechnungsabschluss ist von uns revidiert und mit den Kassenbüchern und Belegen übereinstimmend befunden. Das Bundesvermögen ist uns nachgewiesen oder in bar vorgelegt worden. Die Revisoren: Philipp Werner, C. Hellmuth, E. Voigt, R. Hagemann.

Aus den Fachgruppen

Glasler.

Leipzig. Am 23. August tagte unsere Gruppenversammlung. Unser Obmann gab einen Bericht von der Fachauschuss-Sitzung. Eine Gruppenversammlung hatte gefordert, Ausbilden nicht länger als 14 Tage zu bemessen. Die Arbeitsnachweisbestimmungen belagen „Ausbilden dauern bis zu 6 Wochen“. Beschlossen wurde, Ausbilden dauern nur 2 Wochen. Besteht das Arbeitsverhältnis länger, so wird es als ständiges Arbeitsverhältnis betrachtet. Weiter war ein Antrag an das Arbeitsamt gerichtet, wonach die offenen Stellen wieder durch Auszubildende vermittelbar werden sollen. Begründet wurde der Antrag damit, daß die Pendelkarte keine Gewähr für eine einwandfreie Vermittlung biete. — Unser Antrag wurde abgelehnt, da es bei der großen Arbeitslosigkeit nicht möglich sei, die offenen Stellen durch Auszubildende zu vermitteln, weil die Arbeitslosen nicht alle anwesend sind und nicht sein können; denn der Vermittlungsraum ist nicht so groß, daß sich alle Arbeitsuchenden zur gleichen Zeit dort aufhalten können. Es wurde den Kollegen aufgegeben, wenn sie merken, daß etwa Schließungen vorkommen, dies beim Arbeitsamt zu melden, damit der Fall untersucht werden kann. — Das Verhalten des Kollegen E. Schneider, der in Arbeit stand, aber den Betrieb freiwillig verließ und ohne Arbeitsnachweis bei einer anderen Firma anfang, wurde verurteilt. Die Versammlung beschloß, daß der Kollege den Betrieb zu verlassen hat. Trotz mehrmaliger Verhandlung mit dem Unternehmer und trotz einer Betriebsversammlung konnte die Angelegenheit nicht zur Zufriedenheit geregelt werden. Nach Fertigstellung der Akkordarbeit will nun Schneider den Betrieb verlassen. — Weiter wurde Klage geführt über die Firma Wegner, die mehrere Kollegen wegen Arbeitsmangel entließ. Trotzdem schriftlich vereinbart war, alle Kollegen wieder einzustellen, ehe Betriebsfremde eingestellt werden, hielt die Firma ihr Wort nicht. Die alten Kollegen will die Firma nicht wieder einstellen, weil sie zu alt geworden sind.

